

INHALT:

Editorial Seite 54

GI Aktuell Seite 54

Fristenkontrolle Seite 61

Rechtsanwalt, organisatorische Maßnahmen / Falsche Faxnummer
des Gerichts / Gerichtsentscheidung in falscher Form /
Grundsatz der Meistbegünstigung
(BGH, Beschl. v. 3.11.1998 - VI ZB 29/98)

Honorar des Steuerberaters Seite 64

Abschlagszahlung / Verrechnung
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.11.1997 - 13 U 25/97)

Honorar des Steuerberaters Seite 66

Darlegungslast / Angemessenheit des Rahmensatzes /
Wahl der Art der Gewinnermittlung
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.11.1997 - 13 U 32/97)

Anwaltshaftung / Steuerberaterhaftung Seite 69

Fehlerhafte Prozeßvertretung / Schaden /
Steuererklärung, verspätete Abgabe
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 9.7.1998 - 13 U 164/97)

Steuerberaterhonorar Seite 71

Änderung der Rechnung im Prozeß / Nachholung von Angaben /
Einforderbarkeit, § 9 StBGebV / Gebührenrahmen, § 11 StBGebV /
Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV / Zeitgebühr
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 10.12.1998 - 13 U 231/97)

Sitzungsprotokoll Seite 73

Fehler / Vergleichsinhalt
(OLG Dresden, Urt. v. 9.2.1998 - 17 U 267/97)

GI Leitsätze Seite 75

GI Hinweise Seite 76



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wegen der aktuellen Bedeutung der **Urteile des Bundesverfassungsgerichts** haben wir uns entschlossen, den vollständigen Text der Pressemitteilungen zu den Kinderbetreuungskosten und zum Haushaltsfreibetrag bei Ehegatten sowie zu den Kinderfreibeträgen abzudrucken.

Der BGH bereichert die **Rechtsprechung zu den Übermittlungsproblemen beim Telefax** durch einen eigentlich selbstverständlichen Hinweis: Sind mehrere Versuche, das Gericht anzuwählen, fehlgeschlagen, muß dies nicht an einem Fehler des Faxgerätes im Gericht liegen. Die Faxnummer ist mit Hilfe des Telefonbuchs oder einer Auskunft der Telekom zu überprüfen! Diese war im Urteilsfall von einer Büroangestellten auf der Handakte falsch notiert worden.

Zum **Verzug des Steuerberaters** wegen verspäteter Abgabe einer Steuererklärung wiederholt das OLG Düsseldorf, daß dieser erst eintritt, wenn der Berater alle Unterlagen und Informationen vom Mandanten erhalten und trotz Mahnung gemäß § 284 Abs. 1 Satz 1 BGB seine Pflicht nicht erfüllt hat.

Das interessanteste **Honorarurteil** des OLG Düsseldorf betrifft eine Rechtsprechungsänderung des für Steuerberater zuständigen 13. Senats: Fehlen in einer Honorarrechnung formelle Angaben – z.B. der Stundensatz, die Gebührevorschrift o.ä. –, so kann die gemäß § 9 StB-GebV **fehlerhafte Rechnung** noch im Honorarprozeß **berichtigt oder ergänzt** werden.

Zum Thema **Rahmensatz der Steuerberatergebühr** wiederholt das OLG Düsseldorf, daß der Mandant darlegen und beweisen muß, warum er die bereits unter der Mittelgebühr liegende Honorarrechnung für überhöht hält. Last but not least beschreibt es in zwei Entscheidungen anschaulich Kriterien für die Wahl des Rahmensatzes bei der Buchführung und der Lohnbuchhaltung, wenn der Berater den Höchstsatz verlangt.

Ihre besondere Aufmerksamkeit sollte dem beigegeführten Gesamtstichwortverzeichnis aller „GI“ der letzten 19 Jahre – 1980 bis 1998 – gelten. Eine Fundquelle in allen Haftungs- und Honorarfragen der Steuerberater, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe



GI Aktuell

BVerfG: Auch zugunsten in ehelicher Gemeinschaft lebender Eltern sind Kinderbetreuungskosten sowie ein Haushaltsfreibetrag steuermindernd zu berücksichtigen

Der Zweite Senat des BVerfG hat in drei Verfassungsbeschwerde(Vb)-Verfahren folgendes entschieden:

1. Der besondere Gleichheitssatz des Art. 6 GG **verbietet** es, in ehelicher Gemeinschaft lebende, unbeschränkt steuerpflichtige Eltern vom steuermindernden Abzug der Kinderbetreuungskosten und eines Haushaltsfreibetrags auszuschließen. Die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes sind mit dem GG **unvereinbar**. Diese Entscheidung ist einstimmig ergangen.

2. Der Gesetzgeber ist verpflichtet, spätestens bis zum **1.1.2000** eine Neuregelung hinsichtlich der Abzugsfähigkeit der Kinderbetreuungskosten und spätestens bis zum **1.1.2002** hinsichtlich der Gewährung eines Haushaltsfreibetrags zu erlassen. Die Entscheidung zu diesem Punkt ist mit 7 : 1 Stimmen ergangen.

3. Zum Maßstab hat der Senat insbesondere ausgeführt: Der Staat hat das Einkommen der Steuerpflichtigen im Umfang des „Existenzminimums“ steuerfrei zu belassen. Dies gilt bei Familien für das Existenzminimum sämtlicher Mitglieder, also auch für das der Kinder. Die Leistungsfähigkeit von Eltern wird, über den existentiellen Sachbedarf und den erwerbsbedingten Betreuungsbedarf des Kindes hinaus, generell durch den Betreuungsbedarf gemindert. Dieser ist als Bestandteil des kindbedingten Existenzminimums steuerlich zu verschonen.

I. Rechtslage

1. Nach **§ 33c des Einkommensteuergesetzes (EStG)** können Alleinstehende (= Unverheiratete, auch wenn sie in außerehelicher Lebensgemeinschaft leben; dauernd getrennt lebende Ehegatten; Geschiedene, deren frühere Ehegatten nicht unbeschränkt einkommensteuerepflichtig sind) wegen Erwerbstätigkeit, Krankheit oder Behinderung entstandene Kinderbetreuungskosten von dem zu versteuernden Einkommen abziehen. Dagegen werden unbeschränkt steuerpflichtige, in ehelicher Gemeinschaft lebende Eltern mit ihren Betreuungskosten wegen **Erwerbstätigkeit** der Einkommensteuer grundsätzlich unterworfen.

Nur dann, wenn ein in ehelicher Gemeinschaft lebender Elternteil krank oder behindert und der andere entweder erwerbstätig oder ebenfalls krank oder behindert ist, wird der Betreuungsbedarf berücksichtigt.

2. Der Gesetzgeber gewährt den nichtehelichen Erziehungsgemeinschaften einen Haushaltsfreibetrag (§ 32 EStG), und zwar auch dann, wenn jedem Elternteil ein Grundfreibetrag zusteht, während der Haushaltsfreibetrag den Ehegatten grundsätzlich vorenthalten wird.

Der Freibetrag soll die erhöhten Aufwendungen alleinstehender Steuerpflichtiger ausgleichen, die wegen ihrer Kinder zur Erweiterung von Wohnung und Haushalt gezwungen sind. Alleinstehende Personen mit Kindern sollen einen zusätzlichen Freibetrag ähnlich einem weiteren Grundfreibetrag erhalten und damit im Proportionalbereich der Einkommensteuer ebenso besteuert werden wie zusammen veranlagte Ehegatten. Der Haushaltsfreibetrag knüpft allein an den Haushalt des alleinstehenden Steuerpflichtigen an, erhöht sich aber nicht mit der Anzahl der Kinder.

II. Sachverhalt

In den streitigen Veranlagungsjahren 1983, 1984, 1986 und 1987 lebten die insgesamt fünf Beschwerdeführer (Bf) in einer ehelichen Familiengemeinschaft mit ihren Kindern unter 16 Jahren. In dieser Zeit waren jeweils beide Elternteile zumindest vorübergehend erwerbstätig und wurden steuerlich zusammen veranlagt. Anträge, die Aufwendungen, die in diesen Zeiträumen für die Betreuung ihrer Kinder entstanden waren, zu berücksichtigen, blieben erfolglos. Auf ihre Klagen entschieden die Finanzgerichte, die Bf könnten in die Regelung über den Abzug von Kinderbetreuungskosten und in die Regelung des Haushaltsfreibetrags nicht einbezogen werden, weil diese Bestimmungen jeweils ausschließlich alleinstehende Eltern mit Kindern berechtigten. Auch die hiergegen gerichtete Revision einer Bf in sowie die Beschwerde der übrigen Bf gegen die Nichtzulassung der Revision zum Bundesfinanzhof (BFH) hatten keinen Erfolg.

Gegen diese gerichtlichen Entscheidungen sowie mittelbar gegen die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen in den seinerzeit geltenden Fassungen erhoben die Bf Vb. Sie rügten insbesondere eine Verletzung ihrer Grundrechte aus Art. 3 Abs. 1 i.V.m. Art. 6 Abs. 1 GG. Der

Gesetzgeber dürfe bei der steuerlichen Berücksichtigung zwangsläufiger Kinderbetreuungsaufwendungen Alleinstehende nicht gegenüber denen in ehelicher Gemeinschaft lebenden Eltern bevorzugen.

III.

Der Zweite Senat hat den Bf recht gegeben und die angegriffenen gesetzlichen Vorschriften (§ 33c Abs. 1 bis 4 des EStG von Dezember 1984, § 32 Abs. 3 und 4 des EStG von Januar 1984, § 32 Abs. 7 EStG von April 1986) sowie alle nachfolgenden Fassungen für verfassungswidrig erklärt. Die gerichtlichen Entscheidungen wurden aufgehoben und die Verfahren an den BFH zurückverwiesen.

Zur Begründung heißt es u.a.:

1. Verfassungsrechtlicher Maßstab

a) Die Erziehungspflicht (Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG) trifft die Eltern als höchstpersönliche Verantwortung, die von ihnen jedoch nicht ausschließlich in eigener Person wahrgenommen werden muß. Art. 6 Abs. 1 GG garantiert als Abwehrrecht die Freiheit, über die Art und Weise der Gestaltung des ehelichen und familiären Zusammenlebens selbst zu entscheiden. Eltern dürfen ihr familiäres Leben nach ihren Vorstellungen planen und verwirklichen und insbesondere in ihrer Erziehungsverantwortung entscheiden, ob und in welchem Entwicklungsstadium das Kind überwiegend von einem Elternteil allein, von beiden Eltern in wechselseitiger Ergänzung oder von einem Dritten betreut werden soll.

Das sich aus Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG ergebende Wächteramt des Staates berechtigt diesen nicht, die Eltern zu einer bestimmten Art und Weise der Erziehung ihrer Kinder zu drängen. Das GG überläßt die Entscheidung über das Leitbild der Erziehung den Eltern, die über die Art und Weise der Betreuung des Kindes, seine Begegnungs- und Erlebnismöglichkeiten sowie den Inhalt seiner Ausbildung bestimmen. Diese primäre Entscheidungsverantwortlichkeit der Eltern beruht auf der Erwägung, daß die Interessen des Kindes in aller Regel am besten von den Eltern wahrgenommen werden.

b) Art. 6 Abs. 1 GG enthält einen besonderen Gleichheitssatz. Er verbietet, Ehe und Familie gegenüber anderen Lebens- und Erziehungsgemeinschaften schlechter zu stellen. Dieses Benachteiligungsverbot steht jeder belastenden

Differenzierung entgegen, die an die Existenz einer Ehe oder die Wahrnehmung des Elternrechts in ehelicher Erziehungsgemeinschaft (**Art. 6 Abs. 1 und 2 GG**) anknüpft. Eine Benachteiligung liegt auch vor, wenn Ehepartner oder Eltern wegen ihrer Ehe und Familie und deren Gestaltung von Steuerentlastungen ausgeschlossen werden. Das Gebot der Steuergleichheit fordert zumindest für die direkten Steuern eine Belastung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit.

c) Der Staat hat das Einkommen der Steuerpflichtigen im Umfang des „Existenzminimums“ steuerfrei zu belassen. Dies gilt bei Familien für das Existenzminimum sämtlicher Mitglieder, also auch für das der Kinder. Die Leistungsfähigkeit von Eltern wird, über den existentiellen Sachbedarf und den erwerbsbedingten Betreuungsbedarf des Kindes hinaus, generell durch den Betreuungsbedarf gemindert. Dieser ist als Bestandteil des kindbedingten Existenzminimums steuerlich zu verschonen.

Steuerpflichtige mit Kindern sind wegen ihrer Betreuungspflichten, die ihre Arbeitskraft oder ihre Zahlungsfähigkeit beanspruchen, im Vergleich zu Steuerpflichtigen ohne Kinder steuerlich weniger leistungsfähig. Würde dieser auf der elterlichen Pflicht zur Erziehung und Betreuung ihrer Kinder beruhende Bedarf bei der Bemessung der Einkommensteuer außer Betracht gelassen, wären die Eltern gegenüber kinderlosen Steuerpflichtigen benachteiligt, deren Leistungsfähigkeit nicht durch die Erfüllung elterlicher Pflichten gemindert wird.

In diesem Zusammenhang darf nicht danach unterschieden werden, in welcher Weise der Bedarf des Kindes gedeckt wird. Das Einkommensteuergesetz hat den Betreuungsbedarf eines Kindes stets zu verschonen, mögen die Eltern das Kind persönlich betreuen, mögen sie eine zeitweilige Fremdbetreuung des Kindes, z.B. im Kindergarten, pädagogisch für richtig halten oder mögen sich beide Eltern für eine Erwerbstätigkeit entscheiden und deshalb eine Fremdbetreuung in Anspruch nehmen. Dieser Bedarf ist deshalb – anders als der erwerbsbedingte Bedarf – unabhängig von tatsächlich gezahlten Aufwendungen zu berücksichtigen.

d) Aus der Schutzpflicht des Staates aus **Art. 6 Abs. 1 GG** ergibt sich auch die Aufgabe des Staates, die Kinderbetreuung in der jeweils von den Eltern gewählten Form in ihren tatsächlichen Voraussetzungen zu ermöglichen und zu för-

dern. Die Kinderbetreuung ist eine Leistung, die auch im Interesse der Gemeinschaft liegt und deren Anerkennung verlangt. Der Staat hat dementsprechend dafür Sorge zu tragen, daß es Eltern gleichermaßen möglich ist, teilweise und zeitweise auf eine eigene Erwerbstätigkeit zugunsten der persönlichen Betreuung ihrer Kinder zu verzichten wie auch Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden.

2. Anwendung des Maßstabs auf die Vb-Verfahren

Nach diesem Maßstab verletzen die gesetzlichen Vorschriften über die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten a) und über den Abzug eines Haushaltsfreibetrags b) die Bf in ihren Rechten aus **Art. 6 Abs. 1 und Abs. 2 GG**.

a) Kinderbetreuungskosten

Die gesetzliche Bestimmung des Abzugsberechtigten greift über die Gruppe der ausschließlich auf sich selbst angewiesenen Alleinstehenden hinaus (s.o. Ziffer I. 1.). Lediglich unbeschränkt steuerpflichtige, in ehelicher Gemeinschaft lebende Eltern werden mit ihren Betreuungskosten wegen Erwerbstätigkeit der Einkommensteuer unterworfen. Dabei führt zunächst der Ausschluß von der Pauschbetragsregelung, die nicht auf notwendige Aufwendungen begrenzt ist, zu einer mit **Art. 6 Abs. 1 und Abs. 2 GG** nicht zu vereinbarenden Benachteiligung.

Der Senat führt aus, daß dies auch für die Möglichkeit gilt, über den Pauschbetrag hinausgehende notwendige Aufwendungen geltend machen zu können. Auch insoweit dürfen alleinstehende Steuerpflichtige im Sinne des **§ 33c Abs. 2 EStG** aber Kinderbetreuungskosten von der einkommensteuerlichen Bemessungsgrundlage selbst dann abziehen, wenn sie nicht zur Erwerbstätigkeit gezwungen sind, weil sie für ihren eigenen Unterhalt Leistungen von dem anderen Elternteil in ausreichender Höhe erhalten. Die Kinderbetreuungskosten solcher „Alleinstehender“ sind jedoch nicht mehr oder weniger zwangsläufig als diejenigen der in ehelicher Gemeinschaft lebenden Eltern.

Der Schutzbereich des **Art. 6 Abs. 2 GG** gebietet zudem, den Betreuungsaufwand für Kinder bei **allen** Eltern steuerlich zu berücksichtigen. Er entsteht unabhängig davon, ob und wenn ja, in welchem zeitlichen Rahmen die Kindesbetreuung durch Dritte wahrgenommen wird.

b) Haushaltsfreibetrag

Die Abzugsmöglichkeit eines Haushaltsfreibetrags für unverheiratete Eltern ist mit **Art. 6 Abs. 1 und Abs. 2 GG** nicht vereinbar, weil sie der ehelichen Erziehungsgemeinschaft vorenthalten, unverheirateten Eltern dagegen auch dann gewährt wird, wenn sie eine Erziehungsgemeinschaft bilden und beide steuerpflichtig sind. Diese unterschiedliche Behandlung läßt sich auch nicht auf eine größere kindbedingte Verteuerung der Haushaltsführung der abzugsberechtigten außerehelichen Erziehungsgemeinschaft gegenüber einer ehelichen Erziehungsgemeinschaft zurückführen. Grundsätzlich erhöht das Hinzutreten eines Kindes den Haushaltsführungsaufwand der Eltern. Dieser ist für jeden gemeinsamen Haushalt der Eltern gleich.

c) Die Benachteiligung der in ehelicher Gemeinschaft lebenden Eltern wird auch nicht durch die Möglichkeit der steuerlichen Zusammenveranlagung gerechtfertigt. Die Zusammenveranlagung kann von allen Ehegatten in Anspruch genommen werden, unabhängig davon, ob sie unterhaltsberechtignte Kinder haben oder nicht. Sie kommt also zur Kompensation der steuerlichen Schlechterstellung schon deshalb nicht in Betracht, weil sie verheirateten Eltern gegenüber Ehegatten ohne unterhaltsberechtignte Kinder benachteiligen würde. Im übrigen hängt die Entlastungswirkung der Zusammenveranlagung von der Höhe der jeweiligen Einkünfte beider Ehegatten und vom Progressionssatz ab. Die Zusammenveranlagung wirkt sich kaum aus, wenn beide Ehegatten erwerbstätig sind und Einkünfte in ähnlicher Höhe erzielen.

3. Benachteiligung gegenüber kinderlosen Steuerpflichtigen

Um dem Gesetzgeber für den sich aus dieser Entscheidung ergebenden Neuregelungsauftrag die weitergehende verfassungsrechtliche Problematik zu verdeutlichen, weist der Senat darauf hin, daß die mangelnde steuerliche Berücksichtigung verminderter Leistungsfähigkeit von Eltern – unabhängig davon, ob sie verheiratet sind – diese weiterhin im Verhältnis zu kinderlosen Steuerpflichtigen benachteiligt. Der festgestellte Verstoß gegen den besonderen Gleichheitssatz des **Art. 6 Abs. 1 GG** (s.o.) kann also nicht dadurch beseitigt werden, daß auch „unechten“ Alleinerziehenden im Sinne des **§ 33c EStG** die steuerlichen Vergünstigungen gestrichen werden.

a) Betreuungsbedarf

Die – gleichheitswidrige (s.o. Ziff. 2. a) – Regelung über den Betreuungsbedarf genügt nicht der Tatsache, daß der Betreuungsbedarf des Kindes unabhängig von Krankheit, Behinderung oder Erwerbstätigkeit der Eltern (s.o. Ziff. I. 1.) besteht und auch nicht von der Art und Weise der Erbringung der Betreuungsleistungen abhängt. Bei der Neuregelung der einkommensteuerlichen Verschonung des Betreuungsbedarfs wird der Gesetzgeber daher eine gleiche betreuungsbedingte Minderung der steuerlichen Leistungsfähigkeit bei allen Eltern zu berücksichtigen und dementsprechend den Kinderfreibetrag oder das Kindergeld zu erhöhen haben.

b) Erziehungsbedarf („Haushaltsfreibetrag“)

Ebenso wie der Betreuungsbedarf wird auch der Erziehungsbedarf (im Gesetz unter der unzutreffenden Bezeichnung „Haushaltsfreibetrag“ berücksichtigt) durch Kinderfreibetrag und Kindergeld **nicht** ausreichend befriedigt. Denn im Rahmen des „Existenzminimums“ werden die allgemeinen Kosten, die Eltern aufzubringen haben, um dem Kind eine Entwicklung zu ermöglichen, die es zu einem verantwortlichen Leben in dieser Gesellschaft befähigt, nicht hinreichend berücksichtigt. Hierzu gehören – entgegen den gesetzlichen Regelungen – die Mitgliedschaft in Vereinen sowie sonstige Formen der Begegnung mit anderen Kindern oder Jugendlichen außerhalb des räumlichen Bereichs, das Erlernen und Erproben moderner Kommunikationstechniken, der Zugang zu Kultur- und Sprachfertigkeit, die verantwortliche Nutzung der Freizeit und die Gestaltung der Ferien.

Für die Bemessung dieses Erziehungsbedarfs gibt der bisherige Haushaltsfreibetrag eine zahlenmäßige Orientierung, die allerdings je nach Kinderzahl abzustufen ist.

4. Folgen der Entscheidung

a) Kinderbetreuungskosten

Die für verfassungswidrig erkannten Regelungen sind bis zum 31.12.1999 weiterhin anzuwenden. Die dann gebotene Neuregelung hat den Betreuungsbedarf auf alle Eltern auszudehnen, unabhängig davon, in welcher Weise sie diesen Bedarf ihrer Kinder decken.

Sollte der Gesetzgeber eine solche Regelung nicht bis zum 1.1.2000 in Kraft gesetzt haben,

sind ab diesem Zeitpunkt von Verfassungen wegen 4.000 DM im Jahr (**vgl. § 33c Abs. 3 Satz 1 EStG**) bei der Feststellung des zu versteuernden Einkommens – als Erhöhung des Kinderfreibetrags – vom Einkommen abzuziehen, wenn der Steuerpflichtige für ein Kind einen Kinderfreibetrag oder Kindergeld erhält. Der Betrag erhöht sich pro Veranlagungsjahr um 2.000 DM für jedes weitere Kind (**vgl. § 33c Abs. 3 Satz 2 EStG**), für das der Steuerpflichtige einen Kinderfreibetrag oder Kindergeld erhält. Entsprechendes gilt für die Leistungen nach **§§ 62 ff EStG (Kindergeld)**.

b) Haushaltsfreibetrag

Die gesetzliche Regelung bleibt bis zum 31.12.2001 weiterhin anwendbar. Bis zu diesem Zeitpunkt hat der Gesetzgeber die Diskriminierung der ehelichen Erziehungsgemeinschaft durch den Ausschluß vom Abzug eines Haushaltsfreibetrags zu korrigieren.

Sollte die Neuregelung nicht fristgemäß in Kraft sein, so fehlt aufgrund der festgestellten Unvereinbarkeit der Regelung über den Haushaltsfreibetrag mit dem GG für die Besteuerung des Einkommens der Eltern, denen ein Kinderfreibetrag oder Kindergeld für ein oder mehrere Kinder zusteht, in Höhe von 5.616 DM (derzeit gültige Höhe des Haushaltsfreibetrags) die gesetzliche Grundlage.

c) Ausgestaltung der notwendigen gesetzlichen Reform

Das rechtsstaatliche Gebot der Voraussehbarkeit und Berechenbarkeit der Steuerlasten und die Besteuerungsgleichheit fordern eine einfache und klare gesetzliche Regelung. Da die kindbedingte Minderung der einkommensteuerlichen Leistungsfähigkeit von konkreten Aufwendungen unabhängig ist, sie auch unabhängig von Anträgen und sonstigen formalen Voraussetzungen gewährt werden kann, ist es möglich, die gesamte kindbedingte Minderung der steuerlichen Leistungsfähigkeit in einem Grundtatbestand zu erfassen, der alle kinderbezogenen Entlastungen umfaßt und dessen Voraussetzungen allein durch die Angabe familienbezogener Daten erlangt werden können.

d) Vb-Verfahren

Die Verfahren waren an den BFH zurückzuweisen. Dieser hat zu prüfen, ob es rechtlich möglich ist, in den konkreten Fällen den Bf die

verfassungsrechtlich gebotenen Entlastungen zu gewähren. Anderenfalls müßte der Gesetzgeber insoweit eine rückwirkende Regelung treffen. (*BVerfG, Beschl. v. 10.11.1998 – 2 BvR 1057/91 u.a.*)

Pressemitteilung d. BVerfG v. 19.1.1999

BVerfG: Der in den 80er Jahren gewährte Kinderleistungsausgleich entsprach teilweise nicht verfassungsrechtlichen Anforderungen

Der Zweite Senat des BVerfG hat in einem gerichtlichen Vorlageverfahren und zwei Verfassungsbeschwerdeverfahren festgestellt, daß folgende Kinderfreibeträge insoweit mit **Art. 3 Abs. 1 (allgemeiner Gleichheitssatz)** in Verbindung mit **Art. 6 Abs. 1 GG (Ehe und Familie)** unvereinbar waren, als Eltern diese Beträge – im Veranlagungszeitraum **1985** für **ein** Kind nur in Höhe von 2.432 DM, – im Veranlagungszeitraum **1987** für **ein** Kind nur in Höhe von 2.484 DM, für **zwei** Kinder nur in Höhe von 4.968 DM – und im Veranlagungszeitraum **1988** für **zwei** Kinder ebenfalls nur in Höhe von 4.968 DM beanspruchen konnten.

I. Gerichtliches Vorlageverfahren (2 BvL 42/93)

1. Das Finanzamt berücksichtigte für das Jahr 1987 für den Kläger des Ausgangsverfahrens auf der Grundlage des **§ 32 Abs. 6 Einkommensteuergesetz (EStG) 1986/1988** einen Kinderfreibetrag für dessen Sohn in Höhe von 2.484 DM. Der Kläger erhob gegen diesen nach seiner Auffassung zu niedrigen Freibetrag Klage. Der Kinderfreibetrag reiche nicht aus, um das Existenzminimum seines Sohnes steuerfrei zu belassen. Im Revisionsverfahren hat der Bundesfinanzhof (BFH) das Verfahren ausgesetzt, um eine Entscheidung des BVerfG zur Rechtsgültigkeit des **§ 32 Abs. 6 EStG 1986/1988** einzuholen. Die Vorschrift sei insoweit mit **Art. 3 Abs. 1** in Verbindung mit **Art. 6 Abs. 1 GG** unvereinbar, als danach Eltern mit einem Kind nur einen Kinderfreibetrag in Höhe von insgesamt 2.484 DM beanspruchen könnten.

2. Der Zweite Senat des BVerfG teilt die Auffassung des BFH.

Zur Begründung heißt es u.a.:

a) Der Staat hat dem Steuerpflichtigen sein Einkommen insoweit steuerfrei zu belassen, als es zur Schaffung der Mindestvoraussetzungen für

ein menschenwürdiges Dasein benötigt wird. Der existenznotwendige Bedarf bildet von Verfassung wegen die Untergrenze für den Zugriff durch die Einkommensteuer. **Art. 6 Abs. 1 GG** gebietet darüber hinaus, daß bei der Besteuerung einer Familie das Existenzminimum sämtlicher Familienmitglieder steuerfrei bleiben muß. Weiterhin gebietet der **Gleichheitssatz** in seiner Ausprägung als „horizontale Steuer-gleichheit“, Steuerpflichtige bei gleicher Leistungsfähigkeit auch gleich hoch zu besteuern. Eine verminderte Leistungsfähigkeit durch Unterhaltsverpflichtung gegenüber einem Kind muß dementsprechend auch in diesem Vergleich sachgerecht berücksichtigt werden.

Die Untergrenze der existenzsichernden Aufwendungen werden durch die Sozialhilfeleistungen konkretisiert, die das im Sozialstaat anerkannte Existenzminimum gewährleisten sollen. Mindestens das, was der Gesetzgeber dem Bedürftigen zur Befriedigung seines existenznotwendigen Bedarfs aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung stellt, muß er auch dem Einkommensbezieher von dessen Erwerbsbezügen belassen.

b) Die grundlegenden verfassungsrechtlichen Fragen zu Grund und Höhe des von Verfassung wegen gebotenen Kinderleistungsausgleichs sind durch die Entscheidungen des BVerfG (BVerfGE 82, 60 und 87, 153; die Pressemitteilungen werden auf Anfrage übersandt) im wesentlichen geklärt. Allerdings besteht in bezug auf die Methode, wie die vom Gesetzgeber steuerfrei zu belassenden Unterhaltsaufwendungen für das Existenzminimum von Kindern zu berechnen sind, noch ein Klarstellungsbedarf. Dies gilt für folgende Punkte:

aa) Ermittlungstechnik für den Wohnbedarf

Der Wohnbedarf ist nicht nach der Pro-Kopf-Methode, sondern nach dem Mehrbedarf zu ermitteln. Bei der Berechnung des Wohnbedarfs ist nach der Technik der Mehrbedarfsrechnung zu verfahren, nach der gegenwärtig auch der Gesetzgeber den einkommensteuerlichen Kinderfreibetrag bemißt. Diese Methode erfaßt in typisierter Form den **tatsächlichen** zusätzlichen Aufwand für den Wohnbedarf.

bb) Bedarfswerte

Die Bedarfsgrößen zur Feststellung der Existenzminima sind jeweils nur statistisch belegte **Mindestbeträge**, die **nicht unterschritten** wer-

den dürfen. Der existenznotwendige Bedarf ist in der Bundesrepublik in den vergangenen 50 Jahren regelmäßig gestiegen, nicht gesunken. Die Anpassung des einkommensteuerlichen Existenzminimums hat mit diesen Steigerungsraten regelmäßig nicht Schritt gehalten. Deswegen wäre allenfalls ein – vorsorgliches oder kompensierendes – Überschreiten der Mindestwerte geboten, in diesem Rahmen gibt es somit keine Toleranzgrenze.

cc) Grenzsteuersatz

Das BVerfG hat noch nicht rechnerisch präzisiert, mit welchem Steuersatz das tatsächlich gezahlte Kindergeld in einen fiktiven Kinderfreibetrag umzurechnen ist. Insoweit ist der verfassungsrechtliche Grundsatz der horizontalen Steuergerechtigkeit zu beachten, wonach Steuerpflichtige bei gleicher Leistungsfähigkeit auch gleich hoch zu besteuern sind. Eine steuerliche Mehrbelastung von Steuerpflichtigen mit unterhaltsbedürftigen Kindern im Vergleich zu kinderlosen Steuerpflichtigen gleicher Einkommenstufe kann nicht damit gerechtfertigt werden, Steuerpflichtige mit höherem Einkommen könnten eine geminderte steuerliche Entlastung leichter tragen. Diese Begründung ließe, sofern nur das Einkommen des betreffenden Steuerpflichtigen hoch genug ist, jede steuerliche Ungleichbehandlung gegenüber anderen Beziehern von Einkommen in gleicher Höhe zu und setzt – letztlich zu Lasten der Kinder – das Gebot der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit außer Kraft.

c) Der Senat führt aus, daß bei Einhaltung dieser verfassungsrechtlichen Maßstäbe der existenznotwendige Mindestbedarf eines Kindes im Veranlagungsjahr 1987 4.416 DM betrug. Demgegenüber ergab sich unter Berücksichtigung – des Kinderfreibetrages (§ 32 Abs. 6 EStG 1986/1988) und – des auf Grundlage des individuellen Grenzsteuersatzes des Klägers umgerechneten Kindergeldes in einen fiktiven Kinderfreibetrag eine gesetzliche Gesamtberücksichtigung des Kinderexistenzminimums von nur 3.847 DM. Dies ist mit der Verfassung nicht vereinbar.

II. Vb-Verfahren

1. 2 BvR 1220/93

Mit derselben Begründung hat der Zweite Senat § 54 Abs. 1 EStG in der Fassung des Steueränderungsgesetzes von 1991 in seiner Anwendung

auf den Veranlagungszeitraum 1985 insoweit für mit dem GG unvereinbar erklärt, als danach Eltern mit **einem** Kind nur einen Kinderfreibetrag von 2.432 DM beanspruchen konnten.

Der existenznotwendige Mindestbedarf für ein Kind im Veranlagungszeitraum 1985 beträgt 3.924 DM. Das Einkommensteuergesetz berücksichtigt den Bedarf des Kindes der Beschwerdeführer jedoch – einschließlich des unter Zugrundelegung ihres individuellen Grenzsteuersatzes in einen Kinderfreibetrag umgerechneten Kindergeldes – nur in Höhe von 3.682 DM und bleibt damit um 242 DM hinter der von Verfassungen wegen erforderlichen Mindestberücksichtigung zurück.

2. 2 BvR 1852 und 1853/97

Auch die Kinderfreibeträge, die Eltern mit **zwei** Kindern in den Veranlagungszeiträumen **1987 und 1988** gewährt wurden, genügten nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen.

Unter Berücksichtigung der Grenzsteuersätze der Bf in Höhe von 40% bleibt das gesetzlich anerkannte Existenzminimum für zwei Kinder im Veranlagungszeitraum 1987 hinter dem verfassungsrechtlich gebotenen Mindestbedarf um 264 DM jährlich, im Veranlagungszeitraum 1988 um 576 DM jährlich zurück.

III.

Der nun erneut mit den Verfahren befaßte BFH wird zu prüfen haben, ob er in den jetzt vom BVerfG entschiedenen Fällen und in allen bei ihm anhängigen Parallelverfahren auch ohne gesetzliche Änderung die verfassungsrechtlich veranlaßte Herabsetzung der Steuerschuld beschließen kann. Dann wäre eine gesetzliche Neuregelung mit Wirkung für zurückliegende Veranlagungsjahre und für wenige Fälle erübrigt. Anderenfalls wäre der Gesetzgeber verpflichtet, in den noch nicht bestandskräftig gewordenen Fällen die Benachteiligung der betroffenen Steuerpflichtigen zu beheben. In jedem Fall steht es ihm frei, die verfassungsrechtlich gebotene Änderung durch eine Anhebung des einkommensteuerlichen Kinderfreibetrages, durch eine Anhebung des Kindergeldes oder durch eine anderweitige Ausgleichsregelung vorzunehmen.

(BVerfG, Beschl. v. 10.11.1998 – 2 BvL 42/93; 2 BvR 1220/93; 2 BvR 1852/1853/97)

Pressemitteilung d. BVerfG v. 19.1.1999

BFH: Fragen des Bundesfinanzhofs zu Folgen der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Familienbesteuerung

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit Beschluß vom 10.11.1998 (2 BvL 42/93) auf Vorlage des Bundesfinanzhofs (BFH) die Regelung über die steuerlichen Kinderfreibeträge für Eltern mit einem Kind im Veranlagungszeitraum 1987 für verfassungswidrig erklärt und den BFH aufgefordert zu prüfen, ob in dem Verfahren und allen bei ihm anhängigen Parallelverfahren eine Herabsetzung der Einkommensteuerschuld entsprechend den vorgegebenen Kriterien möglich ist, um eine an sich erforderliche gesetzliche Neuregelung für die Vergangenheit zu erübrigen.

Entsprechende Beschlüsse des BVerfG vom gleichen Tage betreffen Eltern mit einem Kind in 1985 (2 BvR 1220/93) und Eltern mit zwei Kindern in 1987 und 1988 (2 BvR 1852/1853/97).

Der VI. Senat des BFH hat nunmehr mit Beschluß vom 29.1.1999 – VI R 176/90 das Bundesfinanzministerium (BMF) zum Verfahrensbeitritt aufgefordert. In dem Beschluß macht der BFH in einer ersten Bewertung deutlich, daß die Folgen der Entscheidungen des BVerfG zu den Kinderfreibeträgen grundlegend anders seien als bei den Freibeträgen für Kinderbetreuung und beim Haushaltsfreibetrag, die nach der weiteren Entscheidung des BVerfG ebenfalls vom 10.11.1998 (2 BvR 1057, 1226, 980/91) zusätzlich zur steuerlichen Freistellung des Kinderexistenzminimums allen Eltern mit Kindern zu gewähren sind.

Da das BVerfG eine Neuregelung für die Kinderbetreuungskosten erst ab 2000 und für den Haushaltsfreibetrag ab 2002 und bis zu diesen Zeitpunkten die weitere Anwendung der geltenden Regelungen angeordnet habe, könne bis dahin bei in ehelicher Gemeinschaft lebenden Eltern grundsätzlich weder ein Abzug von Kinderbetreuungskosten noch von einem Haushaltsfreibetrag erfolgen. Das gelte auch für noch nicht bestandskräftige Einkommensteuerbescheide der Veranlagungszeiträume bis einschließlich 1999 bzw. 2001. Demgegenüber sei den Entscheidungen des BVerfG zu den Kinderfreibeträgen Wirkung auch für die Vergangenheit beizumessen.

Der VI. Senat des BFH weist dazu darauf hin, daß bei ihm zahlreiche Revisionsverfahren betreffend die Kinderfreibeträge der Veranlagungszeiträume 1983 bis 1995 anhängig seien.

Fristenkontrolle

Zwar habe das BVerfG nur über die Veranlagungszeiträume 1985, 1987 und 1988 entschieden. Anhand der Vorgaben des BVerfG müsse aber auch für die anderen Veranlagungszeiträume geprüft werden, ob die steuerliche Freistellung des Kinderexistenzminimums ausreichend sei.

Etwaige Entscheidungen des BFH, daß verfassungsrechtlich zu niedrige Kinderfreibeträge in den betreffenden Veranlagungszeiträumen auch ohne gesetzliche Neuregelung auf das gebotene Maß zu erhöhen seien, lassen sich nach Auffassung des VI. Senats nicht auf die vom BFH entschiedenen Fälle begrenzen. Entsprechend sei dann von den Finanzgerichten und der Finanzverwaltung in allen noch offenen Einkommensteuerfällen zu verfahren. In diesem Zusammenhang sei zu berücksichtigen, daß die Finanzämter die Einkommensteuer vergangener Zeiträume hinsichtlich der Kinderfreibeträge allgemein für vorläufig erklärt und dadurch offen gehalten hätten.

Allerdings seien in den Veranlagungszeiträumen, in denen die Kinderfreibeträge zu niedrig seien, nicht allen Eltern der betroffenen Personengruppen erhöhte Kinderfreibeträge zu gewähren. Da das sozialhilferechtliche Existenzminimum aufgrund der Entscheidungen des BVerfG nach dem individuellen Steuersatz von der Einkommensteuer freizustellen sei, wachse die Kinderfreibetragsregelung für Eltern mit einem Kind im Jahr 1987 erst bei einem Grenzsteuersatz von mehr als ca. 30 v.H. in die Verfassungswidrigkeit hinein. Bei Eltern mit zwei Kindern in 1987 und 1988 gelte dies erst ab einem Grenzsteuersatz zwischen 30 und 40 v.H. und für Eltern mit einem Kind in 1985 bei 40 v.H.

Der BFH bittet das BMF in dem Beschluß deshalb u.a. um Stellungnahme, wie die in den Beschlüssen des BVerfG aufgeführten Tabellen fortzuschreiben sind und ab welchem Grenzsteuersatz die Kinderfreibetragsregelungen in anderen Veranlagungszeiträumen bei einem Kind sowie bei zwei oder drei Kindern jeweils in die Verfassungswidrigkeit hineinwachsen.

Der VI. Senat beabsichtigt, spätestens im Juni dieses Jahres eine mündliche Verhandlung in der Sache anzuberaumen.

Pressemitteilung d. BFH v. 9.2.1999

- Rechtsanwalt, organisatorische Maßnahmen
 - Falsche Faxnummer des Gerichts
 - Gerichtsentscheidung in falscher Form
 - Grundsatz der Meistbegünstigung
- (BGH, Beschl. v. 3.11.1998 - VI ZB 29/98)

Leitsätze:

1. Gegen ein Urteil, das zwar als Versäumnisurteil bezeichnet ist und auch als solches erlassen werden sollte, das sich aber seinem Inhalt nach als streitmäßiges Urteil darstellt, ist - jedenfalls auch - das Rechtsmittel der Berufung statthaft.
2. Einen Rechtsanwalt kann ein Verschulden an der Fristversäumung treffen, wenn er trotz zahlreicher Fehlversuche, dem Berufungsgericht die Berufungsbegründung per Telefax zu übermitteln, die auf seiner Handakte notierte Telefaxnummer des Gerichts nicht auf ihre Richtigkeit überprüft.

Aus den Gründen:

I.

Die Parteien nehmen sich mit Klage und Widerklage gegenseitig auf den Widerruf von Behauptungen und den Ersatz immateriellen Schadens in Anspruch. Das Landgericht hat durch eine als Teil-Versäumnis- und Schlußurteil bezeichnete, mit Tatbestand und Entscheidungsgründen versehene Entscheidung vom 30.4.1998 die Klage abgewiesen und der Widerklage zum Teil stattgegeben.

Der Kläger hat gegen das ihm persönlich am 14.5.1998 und seinem Rechtsanwalt am 2.7.1998 zugestellte Urteil am 15.7.1998 Berufung eingelegt und das Rechtsmittel zugleich begründet. Der Beklagte hat gegen das ihm am 27.5.1998 zugestellte Urteil am 15.6.1998 Berufung eingelegt und diese nach Verlängerung der Begründungsfrist bis zum 22.7.1998 mit einem am 23.7.1998 eingegangenen Schriftsatz begründet. Mit weiterem, am 5.8.1998 eingegangenen Schriftsatz hat der Beklagte um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist gebeten. Das Oberlandesgericht hat durch Beschluß vom 27.8.1998 sowohl die Berufung des Klägers als auch diejenige des Beklagten, letztere unter Zurückweisung des Wiedereinsetzungsantrags, als unzulässig verworfen.

Gegen diesen dem Kläger am 2.9.1998 und dem Beklagten am 7.9.1998 zugestellten Beschluß richten sich die am 16.9.1998 eingegangene sofortige Beschwerde des Klägers und die am 21.9.1998 eingegangene sofortige Beschwerde des Beklagten.

II.

1. Das Berufungsgericht hat zur Begründung seiner Entscheidung ausgeführt:

a) Die Berufung des Klägers sei unzulässig. Da der Beklagte in der mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht das Fehlen der Prozeßvollmacht des für den Kläger aufgetretenen Rechtsanwalts gerügt und dieser seine Vollmacht nicht nachgewiesen habe, sei sowohl über die Klage als auch über die Widerklage, soweit ihr stattgegeben worden sei, durch Versäumnisurteil entschieden worden. Hiergegen sei aber allein der Einspruch und nicht das vom Kläger eingelegte Rechtsmittel der Berufung statthaft.

b) Die Berufung des Beklagten sei ebenfalls unzulässig. Sie sei nicht fristgerecht begründet worden, und dem Beklagten sei gegen die Versäumung der Begründungsfrist auch keine Wiedereinsetzung zu gewähren. Denn er müsse sich gemäß § 85 Abs. 2 ZPO ein der Fristversäumung zugrundeliegendes Verschulden seiner Prozeßbevollmächtigten zurechnen lassen. Diese habe nicht alles Erforderliche und Zumutbare getan, um die Berufungsbegründungsfrist zu wahren.

Nach dem vom Beklagten hierzu vorgetragenen und glaubhaft gemachten Sachverhalt habe Rechtsanwältin H. die Berufungsbegründung per Telefax einreichen wollen. Sie habe dies am Abend des 22.7.1998 unter der auf der Akte notierten, aus der Bestätigung des Oberlandesgerichts über den Eingang der Berufung vom 17.6.1998 übernommenen Telefaxnummer ... versucht. Eine Verbindung sei jedoch nicht zustande gekommen. Nach zahlreichen vergeblichen Versuchen sei die Anwältin gegen 23.00 Uhr zu der Überzeugung gelangt, daß der Anschluß des Oberlandesgerichts defekt sei. Erst am nächsten Morgen habe sich herausgestellt, daß die notierte Telefaxnummer falsch gewesen sei.

Dieses Verhalten gereiche der Prozeßbevollmächtigten des Beklagten zum Verschulden. Ihr habe als beim Oberlandesgericht zugelassener Rechtsanwältin die richtige Telefaxnummer des

Gerichts bekannt sein müssen. Da ihre zahlreichen Versuche zur Übermittlung der Berufungsbegründung gescheitert seien, habe sie die Richtigkeit der auf der Akte notierten Telefaxnummer anhand des Telefonbuches oder eines kanzeleiinternen Verzeichnisses überprüfen müssen. Es hätte sogar ausgereicht, die letzten beiden Schreiben des Oberlandesgerichts, nämlich die Ausfertigungen der Verfügungen des Senatsvorsitzenden vom 16. und 20.7.1998 einzusehen, die jeweils die richtige Telefaxnummer ... ausgewiesen hätten.

2. Diese Ausführungen halten zwar bezüglich der Berufung des Beklagten, nicht aber hinsichtlich der Berufung des Klägers einer Nachprüfung stand.

a) Die gemäß §§ 519b Abs. 2, 547 ZPO statthafte und auch sonst zulässige sofortige Beschwerde des Beklagten ist nicht begründet. Das Berufungsgericht hat die Berufung des Beklagten mit Recht als unzulässig verworfen, da sie nicht fristgerecht begründet worden ist und dem Beklagten gegen die Versäumung der Frist auch keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren war.

Dem Wiedereinsetzungsantrag wäre nur dann stattzugeben gewesen, wenn der Beklagte ohne Verschulden an der Einhaltung der Berufungsbegründungsfrist gehindert gewesen wäre (§ 233 ZPO). Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt. Denn die Prozeßbevollmächtigte des Beklagten, Rechtsanwältin H., hat die zur Wahrung der Frist gebotene Sorgfalt nicht eingehalten, und ihr Verschulden muß sich der Beklagte nach § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen.

aa) Zwar ist nicht zu verkennen, daß das Berufungsgericht durch die Angabe einer falschen Telefaxnummer auf der Bestätigung des Eingangs der Berufungsschrift vom 17.6.1998 zu dem Fehlschlagen der Versuche der Rechtsanwältin des Beklagten zur Übermittlung der Berufungsbegründung am 22.7.1998 beigetragen hat. **Auch ist zu berücksichtigen, daß unrichtige Angaben oder Auskünfte eines Gerichts grundsätzlich Anlaß zur Wiedereinsetzung geben können** (vgl. BGH, Beschl. v. 6.10.1988 - VII ZB 17/88, NJW 1989, 589 und v. 30.3.1994 - XII ZB 134/93, FamRZ 1995, 33, 34; OLG Koblenz, MDR 1992, 302; Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, ZPO 56. Aufl., § 233 Rdnr. 19 ff, 141).

bb) Im Streitfall fällt der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten jedoch ein erhebliches eigenes

Verschulden an der Fristversäumung zur Last, das einer Wiedereinsetzung entgegensteht. Da es der Rechtsanwältin nach ihrer Darlegung am letzten Abend der Frist trotz zahlreicher Versuche nicht gelang, dem Oberlandesgericht die Berufungsbegründung mit dem Telefaxgerät zu übermitteln, **hätte sie – jedenfalls auch – in Erwägung ziehen müssen, daß die bei ihren Versuchen benutzte Telefaxnummer des Gerichts falsch sein könnte.**

Sie hätte deshalb ihre bis dahin erfolglosen Versuche nicht gegen 23.00 Uhr einstellen dürfen, sondern die von ihr angewählte Telefaxnummer in geeigneter Weise auf ihre Richtigkeit überprüfen müssen. Wenn ihr schon nicht, wie es von der Rechtsprechung für erforderlich gehalten wird (vgl. BGH, Beschl. v. 26.5.1994 – III ZB 35/93, NJW 1994, 2300 und v. 19.3.1997 – IV ZB 14/96, VersR 1997, 853), die Telefaxnummer des Oberlandesgerichts zuverlässig bekannt war, so wäre ihr jedenfalls, wie das Berufungsgericht zutreffend ausführt, **eine Überprüfung mit Hilfe des Telefonbuches der Deutschen Telekom unschwer möglich gewesen. Dasselbe gilt für eine fernmündliche Anfrage bei der Telefonauskunft.**

Zu einer solchen eigenen Nachforschung wäre Rechtsanwältin H. im Streitfall verpflichtet gewesen. **Dem steht nicht der von der Beschwerde vorgebrachte Umstand entgegen, daß sich ein Rechtsanwalt grundsätzlich darauf verlassen kann, daß die von seinem zuverlässigen Büropersonal notierte Telefaxnummer des Gerichts zutrifft** (BGH, Beschl. v. 23.3.1995 – VII ZB 19/94, NJW 1995, 2105, 2106 und v. 10.6.1998 – XII ZB 47/98, NJW-RR 1998, 1361, 1362).

Zum einen hat der Beklagte in seinem Wiedereinsetzungsgesuch nicht dargelegt, warum die auf der Akte notierte Telefaxnummer bis zum 22.7.1998 nicht berichtigt worden ist, obwohl die richtige Nummer in dem Anwaltsbüro bekannt war. So hatte bereits der von Rechtsanwältin H. am 15.7.1998 gestellte Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist dem Oberlandesgericht problemlos per Fax übermittelt werden können. **Bei ordnungsgemäßer Büroorganisation** (vgl. dazu auch den bereits genannten Beschl. v. 10.6.1998 – XII ZB 47/98, a.a.O.) **zu der hier vom Beklagten nichts vorgetragen worden ist, hätte sowohl wegen der in dem Büro vorhandenen Kenntnis als auch aufgrund der beiden gerichtlichen Mitteilungen vom 16. und 20.7.1998, die jeweils die richtige Telefaxnummer des Oberlandesgerichts auswiesen, die**

auf der Akte notierte Nummer geändert werden müssen. Das Fehlen einer organisatorischen Anweisung zur Überprüfung und gegebenenfalls Korrektur notierter gerichtlicher Telefaxnummern, von dem hier auszugehen ist, hätte Rechtsanwältin H. zu einer eigenen Überprüfung und Berichtigung der Telefaxnummer veranlassen müssen.

Zum anderen hätte im Streitfall auch der Umstand, daß es Rechtsanwältin H. am 22.7.1998 trotz zahlreicher Versuche nicht gelang, eine Telefaxverbindung zum Oberlandesgericht herzustellen, **bei ihr den Schluß nahelegen müssen, daß es dafür auch einen anderen Grund geben konnte als die etwaige Störung des Telefaxgerätes des Gerichts** (zu den Anwaltspflichten im letztgenannten Fall siehe BAG, Urt. v. 14.9.1994 – 2 AZR 95/94, NJW 1995, 743 f und BGH, Beschl. v. 6.3.1995 – II ZB 1/95, VersR 1995, 1373, 1374 = GI 1995, 254).

Als Ursache für das Scheitern der Verbindung kam insbesondere auch die Anwahl einer falschen Telefaxnummer in Betracht. Deren Überprüfung hätte hier nicht einmal einen Blick in das Telefonbuch oder eine fernmündliche Anfrage bei der Auskunft vorausgesetzt. Wie das Berufungsgericht zutreffend ausführt, hätte bereits eine Einsicht der letzten Schreiben des Oberlandesgerichts vom 16. und 20.7.1998 mit Blick auf die dort mitgeteilte Telefaxnummer ausgereicht. **Hierzu hätte nach Lage der Dinge schon deshalb Anlaß bestanden, weil Telefaxnummern gelegentlich Veränderungen unterliegen** (vgl. auch den mehrfach genannten Beschl. v. 10.6.1998 – XII ZB 47/98, a.a.O.).

Nach alledem wäre Rechtsanwältin H. eine Überprüfung der von ihr in zahlreichen Versuchen vergeblich angewählten Telefaxnummer auf mehrfache Weise möglich und auch zumutbar gewesen. Daß sie am 22.7.1998 bis 24.00 Uhr keine derartige Prüfung vorgenommen hat, begründet ein anwaltliches Verschulden, das nach §§ 85 Abs. 2, 233 ZPO die Gewährung einer Wiedereinsetzung für den Beklagten ausschließt.

b) Die formell ebenfalls einwandfreie sofortige Beschwerde des Klägers erweist sich hingegen als begründet. Das Berufungsgericht hat die Berufung des Klägers zu Unrecht als unzulässig verworfen.

Entgegen der Rechtsansicht des Berufungsgerichts ist das Urteil des Landgerichts vom 30.4.1998 in bezug auf den Kläger **nicht als ein**

(echtes) Versäumnisurteil anzusehen, gegen das nach § 338 ZPO allein der Einspruch statthaft gewesen wäre. Zwar wollte das Landgericht, wie sich aus der Überschrift seines Urteils und aus den Entscheidungsgründen ergibt, in bezug auf den Kläger ein solches Versäumnisurteil erlassen. Doch lagen weder die Voraussetzungen für eine derartige Entscheidung vor, noch hat das Landgericht eine Urteilsform gewählt, die sich für den Kläger zweifelsfrei als Versäumnisurteil darstellen mußte.

aa) **Ob ein Versäumnisurteil oder ein kontradiktorisches und damit dem Rechtsmittel der Berufung unterliegendes Urteil vorliegt, hängt nicht von der Bezeichnung, sondern von dem Inhalt der Entscheidung ab** (vgl. BGH, Beschl. v. 19.6.1974 - VIII ZB 14/74, VersR 1974, 1099, 1100; v. 22.10.1975 - IV ZB 36/75, VersR 1976, 251 und v. 3.2.1988 - IVb ZB 4/88, FamRZ 1988, 945). Hier trug das Urteil vom 30.4.1998 zwar die Überschrift „Teil-Versäumnis- und Schlußurteil“. Es sprach aber nach tatbestandlicher Wiedergabe der streitigen Anträge der Parteien die Abweisung der Klage nicht als Folge einer Säumnis im Sinne von § 330 ZPO, sondern als Auswirkung einer nicht ordnungsgemäßen Vertretung des Klägers und damit als Folge eines Verfahrensmangels aus. Letzteres gilt auch für die (teilweise) Verurteilung des Klägers auf die Widerklage des Beklagten.

Mit diesem Inhalt erwies sich die Entscheidung des Landgerichts gegenüber dem Kläger als **streitmäßiges Urteil** (vgl. Senatsurt. v. 28.1.1969 - VI ZR 195/67, NJW 1969, 845, 846; Stein/Jonas/Grunsky, ZPO 21. Aufl., vor § 330 Rdnr. 28 f; Zöller/Vollkommer, ZPO 20. Aufl., § 88 Rdnr. 6; Zöller/Herget, a.a.O., vor § 330 Rdnr. 11 und § 330 Rdnr. 9).

bb) **Nach allgemeiner Auffassung dürfen die Parteien dadurch, daß das Gericht seine Entscheidung in einer falschen Form verlautbart, keinen Rechtsnachteil erleiden. Ihnen steht deshalb sowohl derjenige Rechtsbehelf zu, der nach der Art der tatsächlich ergangenen Entscheidung statthaft ist, als auch dasjenige Rechtsmittel, das bei einer in der richtigen Form ergangenen Entscheidung zulässig wäre** (Grundsatz der Meistbegünstigung; vgl. BGHZ 40, 265, 267; 90, 1, 3; 98, 362, 364 f; Stein/Jonas/Grunsky, a.a.O., § 338 Rdnr. 2 und Einleitung vor § 511 Rdnr. 38 f, 62; Zöller/Gummer, a.a.O., vor § 511 Rdnr. 29 f).

cc) Der Grundsatz der Meistbegünstigung greift allerdings dann nicht ein, wenn das Erstgericht zu Unrecht einen Fall der Säumnis angenom-

men und auf dieser Sachlage ein nach Fassung und Inhalt eindeutiges, insbesondere in den Formen des § 313b ZPO abgefaßtes Versäumnisurteil erlassen hat. Eine solche Entscheidung ist dann zwar inhaltlich falsch; das Gericht hat bei ihr aber keinen Verlautbarungsfehler begangen und deshalb durch die Form seiner Entscheidung den Parteien auch keinen falschen Weg für die Art der Anfechtung gewiesen (vgl. BGH, Urt. v. 3.12.1993 - V ZR 275/92, NJW 1994, 665 f; Beschl. v. 19.12.1996 - IX ZB 108/96, NJW 1997, 1448; Stein/Jonas/Grunsky, a.a.O., § 338 Rdnr. 3).

So liegen die Dinge hier aber nicht. Im Streitfall enthielt das Urteil des Landgerichts vom 30.4.1998 sowohl einen Tatbestand in der Form des § 313 Abs. 2 ZPO als auch Entscheidungsgründe. Daß etwa der Kläger säumig gewesen oder der für ihn erschienene Rechtsanwalt in der mündlichen Verhandlung nicht aufgetreten wäre, wurde in dem Urteil mit Recht an keiner Stelle gesagt. Aufgrund dieser Umstände stellte sich die Entscheidung des Landgerichts für den Kläger der Sache nach nicht als ein auf Säumnis beruhendes, sondern als streitmäßiges Urteil mit der Folge dar, daß ihm - jedenfalls auch - das innerhalb eines Monats einzulegende Rechtsmittel der Berufung zur Verfügung stand, von dem er hier Gebrauch gemacht hat.

III.

Der Beschluß des Berufungsgerichts vom 27.8.1998 ist deshalb aufzuheben, soweit durch ihn die Berufung des Klägers verworfen worden ist. In diesem Umfang ist die Sache entsprechend § 565 Abs. 1 ZPO zur anderweitigen Entscheidung an das Berufungsgericht zurückzuverweisen.

Honorar des Steuerberaters

- Abschlagszahlung
 - Verrechnung
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.11.1997 - 13 U 25/97)

Leitsätze (d. Red.):

1. Dem Mandanten ist es nicht erlaubt, Abschlagszahlungen auf Steuerberaterhonorare zu verrechnen, die erst danach in Rechnung gestellt wurden.

2. Eine Rechnung, mit der nur pauschal „Teilzahlungen“ verlangt werden, begründet keine Bindung des Steuerberaters nach § 11 StBGebV.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung des Beklagten hat teilweise Erfolg.

I.

Der Beklagte muß an den Kläger von den in zweiter Instanz noch streitbefangenen Beträgen der Rechnungen 1/95 und 2/95, beide vom 27.11.1995, über insgesamt 7.483,98 DM noch insgesamt 4.291,98 DM als Steuerberaterhonorar zahlen. Dabei handelt es sich um den Restbetrag von 562,64 DM für die im Jahre 1993 erstellten Jahresabschlußarbeiten für das Jahr 1991 (Rechnung Nr. 1/95) und den Betrag von 3.729,34 DM für die im Jahre 1994 erstellten Abschlußarbeiten für das Jahr 1992 (Rechnung Nr. 2/95).

II.

Auszugehen ist von den durch das Landgericht korrigierten und von den Parteien nicht angefochtenen Rechnungsbeträgen von 3.754,64 DM (Rechnung Nr. 1/95) und von 3.729,34 DM (Rechnung Nr. 2/95).

1. Entgegen der Ansicht des Beklagten ist die Forderung aus der Rechnung Nr. 1/95 (betreffend den Jahresabschluß 1991) noch in Höhe von 562,64 DM begründet. Die Zahlung 11/92 über 2.850 DM ist auf den Rechnungsbetrag nicht anzurechnen. Denn diese Zahlung betraf die von dem Kläger vorgenommenen Jahresabschlußarbeiten für das Jahr 1990.

Andererseits ist die Forderung aus der Rechnung Nr. 1/95 durch **Zahlung von 3.192 DM, die mit Abrechnung vom 13.7.1993 gefordert worden war, teilweise erfüllt. Dem Kläger war es verwehrt, diese Zahlung auf den Honoraranspruch für die erst am 10.12.1994 spezifiziert (vgl. § 9 StBGebV) in Rechnung gestellten Arbeiten für den Jahresabschluß 1989 zu verrechnen.** Nach dem Akteninhalt ist nämlich davon auszugehen, daß der Kläger, der nach unwidersprochen gebliebenem Vortrag des Beklagten seit Beginn des Mandatsverhältnisses mit jährlichen Abrechnungen „Teilzahlungen“ für in den betreffenden Jahren erbrachte Leistungen verlangte, **jeweils nach Beendigung der Jahresabschlußarbeiten seine diesbezüglichen Tätigkeiten in Rechnung stellte, die der Beklagte auch beglich.** Dafür, daß die berechneten Arbeiten – trotz der Formulierung „Teilzahlung“ – vor Rechnungserstellung beendet waren, spricht der darauf geschriebene Vermerk: „... für zurück-

liegend erbrachte Leistungen und Bearbeitungen an steuerlichen Beratungen, Bilanzen und Steuererklärungen ...“.

Dieses Verständnis wird nicht dadurch in Frage gestellt, daß es weiter heißt: „... berechne ich im Anschluß an die letzte Teilzahlung eine weitere Teilzahlung“. Denn seit Beginn des Mandatsverhältnisses am 1.1.1981 bis zu dessen Kündigung mit Schreiben vom 13.7.1993 hat der Kläger nie eine Schlußrechnung über Jahresabschlußarbeiten erstellt. Außerdem sind die Beträge der „Teilabrechnungen“ – soweit sie vorliegen – unterschiedlich hoch. Dies ist ein Indiz dafür, daß der Umfang der jeweils in Rechnung gestellten Arbeiten im Verhältnis zu anderen Jahren unterschiedlich groß war. Der Umfang der Arbeiten kann aber erst nach Beendigung derselben festgestellt werden.

Die Jahresabschlußarbeiten für das Jahr 1990 wurden im Jahre 1992, diejenigen für das Jahr 1991 im Jahre 1993 und diejenigen für das Jahr 1992 im Jahre 1994 oder frühestens am 4.11.1993 beendet. Den diesbezüglichen Vortrag des Klägers hat der Beklagte nicht in erheblicher Weise bestritten. Zu dem Abschluß der Arbeiten für das Jahr 1990 nimmt der Beklagte keine Stellung. Sein Vortrag, es werde bestritten, daß der Kläger die Abschlußarbeiten für 1991 im Jahre 1993 erbracht habe, reicht nicht aus, weil er anhand seiner Unterlagen die Erstellung dieser Arbeiten nachvollziehen und das Datum hätte angeben können (§ 138 Abs. 4 ZPO), und zwar in gleicher Weise, wie er dargelegt hat, die Abschlußarbeiten für das Jahr 1992 seien am 4.11.1993 beendet worden und nicht im Jahre 1994.

Unerheblich ist, wenn die Abschlußarbeiten für das Jahr 1992 bereits am 4.11.1993 beendet worden sein sollten. Denn auch nach dem Beklagtenvortrag war jedenfalls am 13.7.1993, dem Datum der Abrechnung über 3.192 DM, der Jahresabschluß 1992 noch nicht erstellt, was nach dem weiteren Beklagtenvortrag auch zur Kündigung des Mandatsverhältnisses mit Schreiben vom 13.7.1993 geführt hat. Die Zahlung von 11/92 bezog sich nach alledem auf die Arbeiten für das Jahr 1990 und nicht für 1991, die Rechnung vom 13.7.1993 betraf Arbeiten für das Jahr 1991 und nicht für 1992.

Von der Rechnung Nr. 1/95 sind daher noch (3.754,64 DM – 3.192 DM =) 562,64 DM zu zahlen.

2. Trotz der beschriebenen Abrechnungsübung ist eine „Pauschalvergütung“ mangels Schrift-

form (§ 14 StBGebV) nicht wirksam vereinbart worden. Eine dennoch gegebene Bindung des Klägers nach § 11 StBGebV an die jeweils pauschal berechneten Beträge kann mit Rücksicht darauf, daß mit den Rechnungen „Teilzahlungen“ verlangt wurden, nicht angenommen werden.

Ob der Kläger sich **unredlich (§ 242 BGB)** verhalten hat, weil er von seiner, über Jahre hin geübten Praxis, keine spezifizierten „Schlußrechnungen“ zu erstellen, nach Kündigung des Mandats durch den Beklagten abgewichen ist, kann dahinstehen. Denn der Beklagte wendet sich mit der Berufung nicht gegen die Erstellung der Schlußrechnungen Nr. 1/95 und Nr. 2/95. Er greift nur die Verrechnung der Zahlungen 11/92 und 7/93 an, dies jedoch – wie die unter 1. gemachten Ausführungen gezeigt haben – teilweise ohne Erfolg.

3. Die gemachten Ausführungen ergeben auch, daß die Forderung der Rechnung Nr. 2/95 (Jahresabschluß 1992) noch nicht ausgeglichen ist; jedenfalls hat der Beklagte Erfüllung dieser Forderung nicht dargelegt und bewiesen. Der Beklagte schuldet dem Kläger daher noch den Betrag von 3.729,34 DM.

Honorar des Steuerberaters

- Darlegungslast
 - Angemessenheit des Rahmensatzes
 - Wahl der Art der Gewinnermittlung
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.11.1997 – 13 U 32/97)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Mandant muß darlegen, warum er eine unter der Mittelgebühr liegende Honorarabrechnung für übersetzt hält.

2. Zu den Buchführungsleistungen i.S.v. § 33 Abs. 1 StBGebV gehören auch solche, die nicht in einen Jahresabschluß mit Bilanz sowie GuV-Rechnung münden, sondern in eine Überschußrechnung.

3. Der Mandant hat die Wahl zugunsten der Überschußrechnung bereits getroffen, wenn er nur die Betriebseinnahmen und -ausgaben durch eine Belegsammlung aufzeichnet.

4. Der Wechsel der Gewinnermittlungsart ist nur zu Beginn des Wirtschaftsjahres möglich.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Klägerin hat in der Sache Erfolg. Die angefochtene Entscheidung war bis auf einen unwesentlichen Teil, der auf einem Übertragungsfehler des Diktats beruht, wie sich aus der Bezugnahme in der Berufungsbegründung auf die Klagebegründung ergibt, antragsgemäß abzuändern.

1. Die Klägerin hat gegen die Beklagte zu 1) Anspruch auf Zahlung von Steuerberaterhonorar in Höhe von 10.766,71 DM und von Schadenersatz in Höhe von 27,67 DM (gesamt 8.905,85 DM und nicht – wie irrtümlich im Antrag angegeben – 8.985 DM), wobei die Beklagte zu 1) in Höhe von 1.888,53 DM als Gesamtschuldnerin mit ihrem Ehemann, dem Beklagten zu 2), haftet, der insoweit ebenfalls antragsgemäß zur Zahlung zu verurteilen ist. Es handelt sich um die Beträge der von der Klägerin unter dem 29.3.1993 für Steuerberatertätigkeiten erstellten Rechnungen, die als Anlagen K 1 bis K 4 und K 6 zur Klageschrift gegeben worden sind sowie um die Rückbuchungsgebühr für den nicht eingelösten Scheck der Firma ... vom 15.6.1993, Anlage K 5 zur Klageschrift.

Demgegenüber steht der Beklagten zu 1) der geltend gemachte und durch das Landgericht als begründet angesehene **Schadenersatzanspruch** aus positiver Vertragsverletzung, mit dem sie teilweise die Aufrechnung erklärt hat und den sie im übrigen im Wege der Widerklage geltend macht, nicht zu. Insoweit handelt es sich um den Betrag von 14.432 DM. In dieser Höhe, behauptet die Beklagte zu 1), habe sie zuviel Steuern gezahlt, weil die Klägerin unter Verletzung ihrer Steuerberaterpflichten die Gewinnermittlung für die Firma ... für das Jahr 1991 nach § 4 Abs. 3 EStG erstellt habe. Des weiteren handelt es sich um den Betrag von 3.195,58 DM für Kosten, die dadurch entstanden sind, daß der Steuerberater G. – nach dem Vortrag der Beklagten zu 1) ebenfalls durch das schuldhaft Verhalten der Klägerin verursacht – eine neue Steuererklärung für das Jahr 1991 habe erstellen müssen.

2. Mit der Rechnung K 1 (betreffend den von der Beklagten zu 1) betriebenen Blumeneinzelhandel), die unstreitig die Erstellung der Buchführung Januar bis Dezember 1991 betrifft, verlangt die Klägerin noch einen Restbetrag von 303,32 DM (Rechnungsbetrag: 3.260,94 DM abzüglich Akontozahlung mit auf den 15.4.1993 datiertem Scheck: 2.957,62 DM).

Mit der Rechnung K 3 verlangt die Klägerin noch 3.014,04 DM, nachdem sie auf den Rechnungsbetrag von 7.118,04 DM die Akontozahlung mit dem auf den 15.5.1993 datierten Scheck über 4.104 DM berücksichtigt hat. Diese Rechnung betrifft die Erstellung der Buchführung für die Firma ... für die Zeit von Januar bis Dezember 1991. Sowohl die Rechnung K 1 als auch die Rechnung K 3 weisen als Gebührentatbestand u.a. § 33 Abs. 1 StBGebV aus.

Der Vortrag der Beklagten zu 1), die Klägerin habe keinen Anspruch auf die in Rechnung gestellten Beträge, da sie mit ihnen eine niemals erbrachte Leistung berechnet habe – sie habe eine Buchhaltung nie abgegeben –, greift nicht durch.

Wenn die Klägerin auch nicht eine Buchführung i.S.d. §§ 238 HGB, 146 Abs. 1 AO erstellt hat, die zu Beginn und Ende des Wirtschaftsjahres eine Gegenüberstellung vorhandener Vermögenswerte und Schulden zum Zwecke der Erstellung der Bilanzen und die Einrichtung der Buchführung sowie die zu den Geschäftsvorfällen durchzuführende zeitnahe Buchung erfordert, so reicht die von der Klägerin erstellte Buchführung doch aus, um die von ihr in Rechnung gestellte, unter der Mittelgebühr liegende Gebühr des § 33 Abs. 1 StBGebV zu rechtfertigen.

Denn die Klägerin hat – wie aus der durch die Beklagte zu 1) überreichten Anlage B 12 ersichtlich ist, die ihr überreichten Belege nach Datum, nach Einnahmen und Ausgaben und – wie sich aus der Gewinnermittlung Anlage B 1 (Kontennachweis zur Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG) ergibt, nach Konten sortiert und gebucht. Dies räumt die Beklagte zu 1) selbst ein, indem sie vorträgt, „... die steuerliche Behandlung des Jahres 1991, für das die Klägerin eine Kontierung nach Forderungen und Verbindlichkeiten und eine Auszifferung der beglichenen Rechnung durchgeführt hat ...“.

Zu den nach § 33 Abs. 1 StBGebV in Betracht kommenden Buchführungsleistungen gehören auch diejenigen, die hinsichtlich ihrer Ergebnismittlung nicht in einen Jahresabschluß mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung einmünden, sondern etwa – wie in vorliegendem Fall – in eine Überschußrechnung (vgl. Eckert/Böttcher, StBGebV 2. Aufl., S. 388).

Hinzu kommt, daß sich aus dem Vortrag der Beklagten zu 1) ergibt, daß die oben beschriebenen

Buchführungsleistungen der Klägerin Grundlage für den durch den Steuerberater G. aufgestellten Jahresabschluß 1991 waren (Aufwendungen für Buchführungsleistungen sind nicht als Schadenersatz geltend gemacht). Daß die Erstellung der Buchführung der Klägerin für den Blumeneinzelhandel nicht in der gleichen Weise vorgenommen worden ist wie diejenige für die Firma ..., sondern eine andere Ausgestaltung hatte, hat die Beklagte zu 1) nicht vorgebracht.

Es wäre ebenfalls Sache der Beklagten zu 1) gewesen darzulegen, aus welchen Gründen im einzelnen sie bei der von ihr selbst eingeräumten und festgestellten Buchführung der Klägerin die unter der Mittelgebühr liegende in Rechnung gestellte Gebühr für übersetzt hält (vgl. OLG Düsseldorf, Urt. v. 31.10.1990, GI 1991, 66).

Hinzu kommt, daß die Beklagten die auf den 15.4.1993 und den 15.5.1993 datierten Schecks nach Erhalt der in Rede stehenden Rechnungen eingelöst haben und nach eigenem Vortrag mit den Zahlungen auf die mit den Rechnungen K 1 und K 3 in Rechnung gestellten Beträge geleistet haben.

Die Höhe der Rechnungsbeträge der übrigen Rechnungen vom 29.3.1993 sind seitens der Beklagten nicht angegriffen worden. Dabei handelt es sich um den Betrag von 1.785,72 DM, Rechnung K 2 betreffend die Erstellung der Einnahmen-/Überschußrechnung für den Blumen-einzelhandel vom 1.1. bis 31.12.1991 und weitere Geschäfte, den Betrag von 3.775,10 DM gemäß der Rechnung K 4 betreffend die Erstellung der Einnahmen-/Überschußrechnung ... 1991 nebst Umsatzsteuer- und Gewerbesteuererklärung, den Betrag von 1.888,53 DM für die Erstellung der Einkommensteuererklärung für die Beklagten zu 1) und zu 2) nebst weiteren Tätigkeiten und die Schadenersatzforderung von 27,67 DM gemäß der Anlage K 5 für die Rückbuchungsgebühren betreffend den nicht eingelösten Scheck.

3. Die Beklagte zu 1) hat demgegenüber keinen teils zur Aufrechnung gestellten, teils mit der Widerklage geltend gemachten Anspruch auf **Schadenersatz** aus positiver Forderungsverletzung gegen die Klägerin. Eine schuldhaft Verletzung ihrer Pflichten aus dem Beratervertrag durch die Klägerin ist nicht festzustellen. Die Klägerin hat nicht etwa eine Pflichtverletzung dadurch begangen, daß sie die Beklagte zu 1) betreffend die Firma ... nicht auf die – isoliert

auf den Veranlagungszeitraum bezogen – steuerlich günstigere Möglichkeit der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich (§ 4 Abs. 1 EStG) hingewiesen und diese Art der Gewinnermittlung nicht durchgeführt, sondern eine Einnahmen-/Überschußrechnung nach § 4 Abs. 3 EStG erstellt hat.

a) Die Behauptung der Beklagten zu 1), der Klägerin seien **nicht konkrete Einzelmandate, sondern der Auftrag erteilt worden, alle steuerlichen Angelegenheiten zu erledigen, sie – die Beklagte zu 1) – also umfassend zu beraten, wird nicht getragen durch die von der Beklagten zu 1) gegebene Begründung für dieses angebliche umfassende Mandat, die dahin geht, die Klägerin habe seit 1980 für den Beklagten zu 2) und seine verschiedenen Firmen auftragsgemäß alle steuerlichen Angelegenheiten in eigener fachlicher Entscheidung erledigt.** Denn mit der Auflösung der beiden – in Form einer GmbH geführten – Gesellschaften, deren Geschäftsführer der Beklagte zu 2) war, durch Eröffnung des Konkurses endete auch das jeweilige Mandat der Klägerin.

Aus der Tatsache, daß die von der Beklagten zu 1) geführte Firma ... im wesentlichen in dem Tätigkeitsbereich der früheren Gesellschaften arbeitet und daß der Beklagte zu 2) nach unwidersprochen gebliebenem Vortrag der Klägerin intern nach wie vor den bestimmenden Einfluß hat, lassen sich keine Schlüsse auf den Umfang des Auftrags, den die Beklagte zu 1) der Klägerin gegeben hat, ziehen.

Der diesbezügliche Vortrag der für ihre Anspruchsvoraussetzungen darlegungs- und beweispflichtigen Beklagten zu 1) reicht nicht aus, die Behauptung der Klägerin, es seien ihr Einzelmandate übertragen worden, zu widerlegen und ein umfassendes Mandat festzustellen, aus dem sich die Verpflichtung der Klägerin ergeben könnte, die Beklagte zu 1) auf verschiedene Möglichkeiten der Gewinnermittlung und ihre steuerlichen Folgen hinzuweisen.

b) Die Klägerin hat zudem auch deshalb keine Schadenersatzbegründende Pflichtverletzung begangen, weil sie die durch die Beklagte zu 1) getroffene Wahl der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG beachtet und in der allein rechtlich zulässigen Weise dementsprechend den Gewinn ermittelt hat.

Die Beklagte zu 1) bzw. der in ihrer Firma verantwortlich tätige Beklagte zu 2) hat nach eige-

nem Vortrag der Beklagten zu 1) die Belege gesammelt, numeriert und sie der Klägerin etwa einen Monat vor Einreichung der von ihr verfaßten Steuererklärungen in Ordnern überreicht. **Durch das Erstellen und Sammeln der Einnahmen- und Ausgabenbelege und bei der von der Beklagten zu 1) behaupteten zeitlichen und fortlaufenden Ablage derselben hat die Beklagte zu 1) durch schlüssiges Verhalten die Wahl zugunsten der Überschußrechnung getroffen** (vgl. BFH, Urt. v. 13.10.1989, BStBl II 1990, 287 und BFH/NV 1995, 287).

Das Wahlrecht wird nicht etwa erst durch die Einreichung einer Überschußrechnung beim Finanzamt ausgeübt, sondern bereits dadurch, daß sie nur Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben aufzeichnet, indem sie die Belege sammelt, ohne eine ordnungsgemäße Buchführung einzurichten (vgl. BFH/NV 1995, 587, 589).

Sollte die Beklagte zu 1) sich über die einzelnen Folgen ihres Verhaltens im Unklaren gewesen sein, ist dies nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs unerheblich. Zu den tatsächlichen Voraussetzungen für die Ausübung des nach § 4 Abs. 3 Satz 1 EStG eingeräumten Wahlrechts gehört nämlich nicht die Kenntnis der steuerlichen Folgen der einmal getroffenen Wahl (BFH/NV 1995, 587 f).

c) Die Ansicht der Beklagten, die Klägerin habe ihre Steuerberaterpflicht dadurch verletzt, daß sie es unterlassen habe, ihr durch Belehrung und Beratung eine vernünftige Entscheidung zu ermöglichen, wie sie das Wahlrecht ausüben solle, greift bereits deshalb nicht durch, weil nach dem unwidersprochen gebliebenen Vortrag der Klägerin und dem eigenen Vorbringen der Beklagten zu 1) die Unterlagen der Klägerin erst kurz vor Erstellung der Steuererklärungen überreicht wurden, so für 1989 im Mai 1991, für 1990 im Dezember 1991 und für das Jahr 1991 im September 1992.

Bei diesem Sachverhalt war der Klägerin eine Beratung bezüglich des Wahlrechts gar nicht mehr möglich, weil dieses Wahlrecht bereits durch das Sammeln der Einnahmen- und Ausgabenbelege seitens der Beklagten zu 1) getroffen war, bevor die Klägerin die Unterlagen erhielt.

Darüber hinaus wäre es rechtlich nicht zulässig gewesen, wenn die Klägerin trotz der getroffenen Wahl die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 EStG vorgenommen hätte.

Denn nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist ein Wechsel der Gewinnermittlungsart nur zu Beginn des Wirtschaftsjahres möglich; eine nachträgliche Änderung der Gewinnermittlungsart ist nicht zulässig (BFH/NV 1995, 390 f).

In rechtlich zulässiger Weise war eine Änderung der bereits getroffenen Wahl der Gewinnermittlung für das Jahr 1991 zum Zeitpunkt der Übergabe der Unterlagen durch die Beklagte zu 1) nicht mehr möglich. **Denn die Wahl der Gewinnermittlung des Bestandsvergleichs nach § 4 Abs. 1 EStG wird durch Erstellung einer Eröffnungsbilanz und die Einrichtung einer ordnungsmäßigen kaufmännischen Buchführung (vgl. § 238 HGB, § 146 Abs. 1 AO) ausgeübt,** was im vorliegenden Fall unstreitig zu Beginn der Wirtschaftsjahre nicht geschehen ist; insbesondere konnte die Klägerin mit Rücksicht auf das Verhalten der Beklagten zu 1) eine zeitgerechte – zeitnahe – Erfassung der Geschäftsvorfälle nicht vornehmen.

d) Daß eine Bilanzierung zur Gewinnermittlung nachträglich durchführbar war, ändert nichts daran, daß mit Rücksicht auf die seitens der Beklagten zu 1) durch schlüssiges Verhalten getroffene Wahl die nachträgliche Bilanzierung rechtlich nicht mehr zulässig war. Daß das Finanzamt einen solchen Wechsel endgültig gebilligt hätte, ist weder ersichtlich – nach dem Vortrag der Beklagten ist bis heute keine Betriebsprüfung durchgeführt worden – noch angesichts der ständigen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs über die Unzulässigkeit eines Wechsels der Gewinnermittlungsart innerhalb des Wirtschaftsjahres nicht erheblich.

e) Nach allem kann dahinstehen, ob der Beklagten zu 1) überhaupt ein Schaden entstanden ist oder ob auch bei steuerlichen Unterschieden in jedem einzelnen Veranlassungszeitraum, auf mehrere Jahre bezogen, **der Totalgewinn gleich bleibt und die im jeweiligen Veranlagungszeitraum nach Gewinn und den steuerlichen Merkmalen zu zahlende Steuer über Jahre hin gesehen kompensiert wird,** was auch nach der Stellungnahme des Gutachters D. vom 17.6.1996 möglich ist.

Anwaltshaftung/ Steuerberaterhaftung

- Fehlerhafte Prozeßvertretung
- Schaden
- Steuererklärung, verspätete Abgabe
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 9.7.1998 – 13 U 164/97)

Leitsätze (d. Red.):

1. Fehlerhafte Prozeßvertretung führt zu einem Schaden des Mandanten, wenn das Gericht zugunsten des Mandanten entschieden hätte. Dabei ist von dem Sachverhalt auszugehen, der dem Gericht bei pflichtgemäßem Handeln des Anwalts unterbreitet worden wäre.

2. Der Steuerberater gerät durch eine gegenüber dem Finanzamt verspätete Abgabe der Steuererklärung nicht ohne weiteres gegenüber dem Mandanten in Verzug. Hierfür ist es erforderlich, daß er über alle Unterlagen und Informationen verfügte und vom Mandanten durch Mahnung in Verzug gesetzt worden ist.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist teilweise begründet.

Den Klägern stehen Schadenersatzansprüche gegen die Beklagten wegen positiver Vertragsverletzung des geschlossenen Anwaltsvertrages lediglich in Höhe von 3.466,54 DM zu.

I.

Die Beklagten hatten es als Rechtsanwälte übernommen, die Kläger in dem von dem Steuerberater angestregten Rechtsstreit gerichtlich zu vertreten. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (NJW 1991, 2079; GI 1988, 36 = NJW 1988, 486, 487; GI 1986, 145 = NJW-RR 1986, 1281) ist ein Rechtsanwalt kraft des Anwaltsvertrages verpflichtet, die Interessen seines Auftraggebers nach jeder Richtung und umfassend wahrzunehmen.

Übernimmt er einen Zivilprozeß, ist er zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er schuldhaft bewirkt, daß die Partei einen Prozeß verliert, den sie bei sachgemäßer Vertretung gewonnen hätte. Der Rechtsanwalt muß sein Verhalten mithin so einrichten, daß er Schädigungen seines Auftraggebers, mag deren Möglichkeit auch nur von einem Rechtskundigen voraus-

gesehen werden, vermieden. Er ist verpflichtet, den „sichersten“ Weg zu gehen, um das von seinem Mandanten erstrebte Ziel zu erreichen.

Die ihnen obliegenden Pflichten haben die Beklagten unstreitig dadurch schuldhaft verletzt, daß sie die Berufungsbegründungsfrist in dem vorausgegangenen Verfahren haben verstreichen lassen.

II.

Für die **hypothetische Betrachtung, ob eine Prozeßpartei einen Rechtsstreit bei sachgemäßer anwaltlicher Beratung und Vertretung gewonnen hätte**, ist maßgebend, wie der Prozeß nach Auffassung des Gerichts, das mit dem gegen den Rechtsanwalt gerichteten Schadenersatzanspruch befaßt ist, **richtig hätte entschieden werden müssen. Dabei ist von dem Sachverhalt auszugehen, der dem Gericht des Vorprozesses bei pflichtgemäßem Verhalten des Anwalts unterbreitet worden wäre** (BGH, GI 1988, 164 = NJW 1988, 3013, 3015). Hätten die Beklagten die Berufungsbegründungsfrist eingehalten, dann wäre der Rechtsstreit in der Hauptsache nicht gänzlich zum Nachteil der Kläger ausgegangen.

1. Der vom Steuerberater erhobene Klageanspruch war in Höhe eines Teilbetrages von 2.865,15 DM nicht schlüssig und hätte auch im Berufungsrechtszug nicht mehr schlüssig gemacht werden können.

a) Mit den Mahnbescheiden vom 30.12.1994 hat der Steuerberater gegen die Beklagten einen Honoraranspruch von 6.394,14 DM geltend gemacht. Dieser Betrag entsprach der Summe der Gebührenrechnungen vom 15.7.1993, 19.7.1993 und 20.7.1993. Der Steuerberater hat dann aber beantragt, die Kläger zur Zahlung von 6.961,64 DM zu verurteilen. Das ist antragsgemäß geschehen, **also um einen den tatsächlichen Gebührenanspruch übersteigenden Betrag von 567,50 DM**. Dieser Fehler hätte im Berufungsrechtszug zugunsten der Kläger korrigiert werden können.

b) Die Klägerin zu 2) hat an den Steuerberater am 23.10.1990 unstreitig 2.297,65 DM gezahlt. Dieser vertrat im Vorprozeß den Standpunkt, der Betrag sei als **Abschlagszahlung** auf die das Jahr 1988 betreffenden Steuerberaterleistungen entrichtet worden. Das trifft jedoch nicht zu, wie dem Schreiben des Steuerberaters vom 25.2.1993 ohne weiteres zu entnehmen ist.

Danach sollten die Kläger vereinbarungsgemäß berechtigt sein, den in Rede stehenden Betrag von 2.297,65 DM von den Gebührenrechnungen abzuziehen. Das hat das Amtsgericht W. nicht beachtet. Im Berufungsverfahren hätten die Beklagten dafür Sorge tragen müssen, daß das erstinstanzliche Urteil auch insoweit zugunsten der Kläger abgeändert wurde.

2. Das teilweise Obsiegen der Kläger hätte zu einer Quotelung der Kosten im Verhältnis 72 % (Kläger) zu 28 % (Steuerberater) geführt. Vom Steuerberater wären dann 1.112,02 DM an außergerichtlichen Kosten und 727,08 DM an Gerichtskosten zu tragen gewesen. Da die Rechtsschutzversicherung der Kläger 67,3 % der Kosten übernommen hat, ist ihnen ein Schaden in Höhe von 32,7 % der vorgenannten Beträge, also von 601,39 DM (363,63 DM + 237,76 DM) entstanden.

3. Mit der gegenüber dem verbliebenen Gebührenanspruch erklärten Aufrechnung wären die Kläger dagegen auch in einem durchgeführten Berufungsverfahren nicht durchgedrungen.

a) Die festgesetzten **Säumnis- und Verspätungszuschläge stellen keinen Schaden dar**, den der Steuerberater aus dem Gesichtspunkt des Verzuges zu vertreten gehabt hätte. Die Vorschrift des § 284 Abs. 2 BGB, wonach eine Mahnung zur Inverzugsetzung dann entbehrlich ist, wenn für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist, greift nicht ein. Die Vorschrift des § 149 Abs. 2 Satz 1 AO und die einschlägigen **Bestimmungen der Steuergesetze setzen allein dem Steuerpflichtigen Fristen. Diese sind für den Steuerberater nur verbindlich, wenn sie vertraglich zum Leistungsinhalt geworden sind** (BGH, GI 1992, 59 = NJW 1992, 307, 308). Daß dies der Fall gewesen ist, behaupten die Kläger nicht einmal im vorliegenden Regreßprozeß.

Durch die verspätete Abgabe von Steuererklärungen gerät der Steuerberater im Verhältnis zum Mandanten nicht ohne weiteres in Verzug. Voraussetzung ist vielmehr, daß er trotz Mahnung (§ 284 Abs. 1 Satz 1 BGB) fällige Dienstpflichten nicht erfüllt (BGH, GI 1992, 59 = NJW 1992, 307, 309). Im vorausgegangenen Rechtsstreit ist streitig gewesen, ob die Kläger den Steuerberater rechtswirksam in Verzug gesetzt haben.

Die Einhaltung der Fristen soll nach der Sachdarstellung des Steuerberaters bereits an der mangelnden Mitwirkung der Kläger gescheitert sein.

Diese hätten im Berufungsrechtszug daher konkret vortragen und auch beweisen müssen, wann der Steuerberater über sämtliche Angaben und Unterlagen verfügt hat, um die in Betracht kommenden Steuererklärungen abgeben zu können. Auch im vorliegenden Prozeß ist nur ganz allgemein die Rede davon, daß der Steuerberater zur rechtzeitigen Abgabe der Steuererklärungen in der Lage gewesen sei. **Den Zugang von Mahnungen hat dieser im übrigen bestritten.**

Wie die Kläger den erforderlichen Beweis im zweiten Rechtszug des Vorprozesses hätten führen können, ist ihrem Sachvortrag nicht zu entnehmen.

Der Steuerberater haftet allerdings aus positiver Vertragsverletzung, wenn er seinen Mandanten nicht über die Notwendigkeit zur rechtzeitigen Mitwirkung und zur rechtzeitigen Beibringung von Unterlagen berät. Ein solcher Beratungsbedarf hat jedoch nicht bestanden. Die Kläger behaupten auch noch im vorliegenden Rechtsstreit, daß sie alles rechtzeitig erledigt hätten, um die Steuererklärungen fristgerecht abgeben zu können.

b) Die Kläger sind auch nicht berechtigt gewesen, gegenüber der Honorarforderung des Steuerberaters mit einem Schadenersatzanspruch in Höhe von 2.098 DM aufzurechnen. Dabei kann dahinstehen, ob es sich bei den vom Kläger zu 1) zur Ablösung der Zwangssicherungshypothek aufgewendeten 16.962,66 DM um außergewöhnliche Belastungen in dem von den Klägern verstandenen Sinne handelt.

Denn ihr Vorbringen, ihnen wäre bei entsprechender Berücksichtigung ein Steuervorteil von 2.098 DM zugute gekommen, ist nicht hinreichend substantiiert. Die Kläger hätten schon im Vorprozeß im einzelnen darlegen müssen, wie sie zu dieser Steuerentlastung gekommen sind. Eine nachvollziehbare Berechnung ist dem Vorbringen im Regreßprozeß ebenfalls nicht zu entnehmen.

c) Entgegen der Ansicht der Kläger hatte der Steuerberater den geltend gemachten **Zinsanspruch** schlüssig dargelegt. Dazu reicht der Vortrag aus, daß **während der Verzugszeit Kredit mindestens in Höhe der Klageforderung in Anspruch genommen und mit dem beantragten Zinssatz verzinst werde.** Der Vorlage der Zinsbescheinigung hätte es erst bedurft, wenn die Inanspruchnahme von Bankkredit von

den Klägern bestritten worden wäre. Das ist im ersten Rechtszug aber nicht geschehen.

Gewiß hätten die Beklagten das Vorbringen des Steuerberaters zum Zinsanspruch im Berufungsverfahren noch bestreiten können. Warum der Steuerberater aber außerstande gewesen sein soll, die angekündigte Zinsbescheinigung zu den Gerichtsakten zu reichen, tragen die Kläger nicht vor.

Die Darstellung, die Vorlage einer solchen Zinsbescheinigung wäre „sicherlich nicht gelungen“, weil der Steuerberater keinen entsprechenden Kredit in Anspruch genommen habe, kann, da die Kläger nicht vortragen, woher sie ihr Wissen nehmen, **nur als Behauptung „ins Blaue hinein“** bezeichnet werden.

Steuerberaterhonorar

- Änderung der Rechnung im Prozeß
- Nachholung von Angaben
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV
- Zeitgebühr

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 10.12.1998 - 13 U 231/97)

Leitsatz:

Die Nachholung von Einzelangaben, durch die eine fehlerhafte Rechnung des Steuerberaters ergänzt oder berichtigt werden soll, kann im Gebührenrechtsstreit durch einen Schriftsatz erfolgen (Änderung der Senatsrechtsprechung des OLG Düsseldorf).

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist teilweise begründet.

Die Beklagten sind gemäß § 812 Abs. 1 Satz 1 BGB verpflichtet, von den unter Vorbehalt entrichteten Gebühren einen Teilbetrag von 6.853,56 DM zurückzuzahlen. Der darüber hinaus erhobene Anspruch ist dagegen nicht gerechtfertigt.

Das Landgericht hat die Beklagten zur Rückzahlung von 7.648,06 DM verurteilt. Dieser Betrag vermindert sich im Ergebnis also nur geringfügig um 794,50 DM auf 6.853,56 DM.

I. Rechnung Nr. 96/216 vom 12.2.1996

Den Beklagten stehen über den erstinstanzlich zuerkannten Betrag weitere 494,50 DM zu.

1. Die Klägerin schuldet den Beklagten für die Einrichtung der Buchführung Gebühren in Höhe von 430 DM.

a) Gemäß § 32 StBGebV erhält der Steuerberater für die Hilfeleistung bei der **Einrichtung einer Buchführung** die Zeitgebühr. Die Beklagten haben substantiiert vorgetragen, daß sie die Buchführung des Klägers am 10.11.1995 und 11.12.1995 mit einem Zeitaufwand von insgesamt vier Stunden eingerichtet hätten. Die Klägerin kann dieses Vorbringen nicht einfach bestreiten. Sie hätte vielmehr konkret darlegen müssen, aus welchen Gründen die berechnete Leistung nicht erforderlich gewesen sein soll. Da die Beklagten die Buchhaltung unstreitig ab Ende 1995 erstmalig geführt haben, bedurfte es auch deren Einrichtung.

b) Der von den Beklagten gewählte **Stundensatz von 120 DM** entspricht allerdings nicht der Billigkeit. Der Steuerberater, der bei einer Rahmengebühr mehr als die **Mittelgebühr** verlangt, hat die überdurchschnittliche Bedeutung, den überdurchschnittlichen Umfang und die Schwierigkeiten der Bearbeitung zu erläutern (*Senat, Gl 1994, 133, 135; 1990, 115*). In dieser Hinsicht enthält der Sachvortrag der Beklagten keine konkreten Angaben. Sie können daher nur den mittleren Hundertsatz von **107,50 DM**, bei einem Zeitaufwand von vier Stunden mithin insgesamt 494,50 DM (einschließlich MwSt.), beanspruchen.

c) Das Landgericht hat zu Recht angenommen, daß die Rechnung der Beklagten nicht den **Anforderungen des § 9 Abs. 2 StBGebV** entsprochen habe. Nach dieser Vorschrift sind in der Berechnung des Steuerberaters die Beträge der einzelnen Gebühren und Auslagen, die Vorschüsse sowie die angewandten Gebührenvorschriften und bei Wertgebühren auch der Gegenstandswert anzugeben. Diese Anforderungen werden gestellt, um den Auftraggeber in die Lage zu versetzen, die Gebührenrechnung nach Grund und Höhe auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Wird eine Zeitgebühr geltend gemacht, dann sind in der Rechnung auch die Vorschrift des § 13 StBGebV und der jeweilige Stundensatz anzugeben. Hier haben die Beklagten erst in der Berufungsbegründung ergänzend auf § 13 StBGebV Bezug genommen.

Der Senat hat in Fortführung der Rechtsprechung des hiesigen 18. Zivilsenats (*Gl 1990, 113, 114*) eine schriftliche Nachholung von Einzelangaben, die eine fehlerhafte Rechnung ergänzen oder berichtigen sollen, bisher nicht zugelassen. An der Auffassung, daß fehlende Angaben auch in einem Prozeß nicht nachgeholt werden könnten, der Steuerberater vielmehr eine neue, den Vorschriften der StBGebV entsprechende Rechnung zu erteilen habe, hält der Senat nicht fest.

Der Bundesgerichtshof (NJW-RR 1995, 758, 759 f) hat entschieden, daß ein Rechtsanwalt eine Gebühr selbst dann in einem Rechtsstreit geltend machen könne, wenn er diese nicht ausdrücklich berechnet habe. Enthalte die Klage oder Berufungsbegründung die Mitteilung der Berechnung, sei die Gebühr einforderbar. **Für Rechtsanwälte gilt § 18 BRAGO, dem § 9 StBGebV im wesentlichen nachgebildet worden ist.** Es sind daher keine Gründe ersichtlich, die es rechtfertigen könnten, die Einforderbarkeit von Steuerberatergebühren von strengeren Voraussetzungen abhängig zu machen als die Geltendmachung von Rechtsanwaltsgebühren.

2. Für die Erledigung der Buchführungsarbeiten können die Beklagten nur die Mittelgebühr nach § 33 Abs. 1 StBGebV beanspruchen.

Maßgebend für die Wahl des Rahmensatzes (2/10–12/10) sind u.a. die Zahl der Konten, insbesondere der Kontokorrentkonten, die Zahl der Buchungen, das Verhältnis von Wiederholungsbuchungen für gleichgelagerte Geschäftsvorgänge zu den Einzelbuchungen, der Schwierigkeitsgrad der Kontierung sowie der Zustand der Aufzeichnungen und der Belege des Auftraggebers (*Eckert/Böttcher, StBGebV 2. Aufl., §§ 32–33, Rdnr. 2*). Die Erläuterungen der Beklagten hätten in dieser Hinsicht weitaus konkreter sein müssen. Ihr Vorbringen beschränkt sich im wesentlichen auf den Zustand und die Vollständigkeit der Belege. Das ist allerdings nur ein Aspekt, der für die Wahl des Rahmensatzes maßgeblich sein kann. Er hat nicht ein solches Gewicht, daß von der Mittelgebühr abgewichen werden müßte.

3. Die Beklagten können des weiteren die für die Hilfeleistungen bei der Buchführung nach § 33 Abs. 7 StBGebV berechnete **Zeitgebühr** von 480 DM nicht beanspruchen. Im Schrifttum (*Eggesiecker in: Bonner Handbuch, § 33 STEUGO Rdnr. 33.390; Eckert/Böttcher, a.a.O., §§ 32–33 Rdnr. 5*) werden als „**sonstige Tätigkeiten im**

Zusammenhang mit der Buchführung“ beispielhaft genannt: Übernahme einer Kostenrechnung, Mehraufwand durch Offene-Posten-Buchführung, Anlagen- oder Lagerbuchführung, periodische Meldungen an Behörden oder die Deutsche Bundesbank, Ermittlung der Bemessungsgrundlagen für umsatzabhängige Provisionen. Mit der Behauptung, es seien Buchführungsunterlagen auf Vollständigkeit geprüft, Differenzen gesucht und Abstimmungsarbeiten erledigt worden, können die Beklagten die Berechnung einer Zeitgebühr nicht rechtfertigen. Sofern es sich um Tätigkeiten gehandelt hat, die über das normale Maß hinausgegangen sind, hätten sie bei der Wahl des Rahmensatzes nach § 33 Abs. 1 StBGebV berücksichtigt werden müssen.

II. Rechnung Nr. 96/598 vom 18.6.1996

Das landgerichtliche Urteil ist im Ergebnis nicht zu beanstanden.

1. Die Beklagten können die Zeitgebühr nach § 33 Abs. 7 StBGebV für die **„Hilfeleistung bei der Belegaufbereitung, Einweisung Buchhalterin und Abstimmarbeiten“** nicht beanspruchen. Hier kann auf die Ausführungen unter I. 3. verwiesen werden. Die Leistungen hätten bei der Wahl des Rahmensatzes für die Erledigung der Buchführungsarbeiten berücksichtigt werden müssen.

2. Das Landgericht hat den Beklagten für die Erledigung der **Lohnbuchführung** zu Recht nur die **Mittelgebühr nach § 34 Abs. 2 StBGebV** zuerkannt. Auch das tatsächliche Vorbringen der Beklagten im Berufungsrechtszug rechtfertigt nicht den Ansatz der Höchstgebühr.

Ist für die Gebühr ein Rahmen vorgesehen, so bestimmt sie der Steuerberater gemäß § 11 StBGebV im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der Bedeutung der Angelegenheit, des Umfangs und der Schwierigkeit der beruflichen Tätigkeit nach billigem Ermessen. Maßgebend für die Wahl des Gebührensatzes nach § 34 Abs. 2 StBGebV sind folgende beispielhaft genannten **Gesichtspunkte: Die Zahlung fester, sich langfristig nicht verändernder oder stets wechselnder Vergütungen, die Notwendigkeit der Umrechnung von Netto- auf Bruttolöhne, die Berücksichtigung von steuerfreien Lohnanteilen oder von Besonderheiten der Branche, schließlich der Umfang von Randarbeiten, die nicht besonders zu berechnen sind** (Eggesiecker, a.a.O., § 34 STEUGO Rdnr. 34.570; Eckert/Böttcher, a.a.O., § 34 Rdnr. 2).

Verlangt der Steuerberater mehr als die Mittelgebühr, hat er die überdurchschnittliche Bedeutung, den überdurchschnittlichen Umfang und die Schwierigkeiten der Bearbeitung zu erläutern (Senat, Gl 1994, 133, 135; 1990, 115).

Hier führen die Beklagten für die Wahl der Höchstgebühr an, daß die Überweisungsträger für die Mitarbeiter und die Krankenkassen auszufüllen gewesen seien. Werden aber, wie im Streitfall, Datenverarbeitungsanlagen eingesetzt, so ist es weder zeitaufwendig noch schwierig, die Überweisungsträger sogleich auszudrucken. Die Behauptung, 60 % der Angaben zu den Stundenleistungen seien fehlerhaft gewesen, hätten die Beklagten konkretisieren müssen.

Das pauschale Vorbringen über den Umfang der erforderlichen Korrekturen nimmt dem Kläger jede Möglichkeit, sich zu verteidigen. Entsprechendes gilt für den Sachvortrag der Beklagten, wegen der Fluktuation der Arbeitnehmer und der mangelhaft zur Verfügung gestellten Unterlagen hätten die Monatsabrechnungen wiederholt vorgenommen und überprüft werden müssen. Die Beklagten können zu ihren Gunsten nur anführen, daß die Mitarbeiter der Klägerin auf **Stundenlohnbasis** arbeiten, so daß ständig wechselnde Löhne zu buchen waren. Der erforderliche Mehraufwand hat sich durch den Einsatz einer Datenverarbeitungsanlage allerdings in Grenzen gehalten.

Sitzungsprotokoll

– Fehler
– Vergleichsinhalt
(OLG Dresden, Urt. v. 9.2.1998 – 17 U 267/97)

Leitsatz (d. Red.):

Zur Darlegungs- und Beweislast für ein fehlerhaftes Sitzungsprotokoll (hier: Widerrufsmöglichkeit eines Vergleichs fehlt in der Niederschrift).

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung bleibt ohne Erfolg. Die Kläger haben gegen den Beklagten keinen Anspruch auf Schadenersatz wegen der Verletzung von aus dem Anwaltsvertrag mit dem Beklagten resultierenden Vertragspflichten.

Der Beklagte hat nicht nachweislich als Sitzungsvertreter der Kläger in der Verhandlung vor der Kammer für Handelssachen des Kreisgerichts L. am 27.7.1992 in dem Rechtsstreit der Kläger gegen Herrn W. schuldhaft gegen die Interessen der Kläger gehandelt. Als Sitzungsvertreter der Kläger hatte der Beklagte die vertragliche Pflicht, den Klägern ihre rechtshängigen Ansprüche zu erhalten und auf deren Durchsetzung hinzuwirken. Diese Vertragspflichten hat er nicht nachweislich verletzt.

Die Kläger haben mit der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 27.7.1992 bewiesen, daß der Beklagte für sie in dieser Sitzung einen unwiderruflichen Vergleich geschlossen hat. Der Beklagte hat sodann den Gegenbeweis geführt, daß er in dieser öffentlichen Sitzung keinen für die Kläger unwiderruflichen Vergleich geschlossen hat. **Gegen den in einem Sitzungsprotokoll bezeichneten Inhalt über einen Vergleich der Prozeßparteien und dessen Inhalt ist der Gegenbeweis eröffnet.** Diese Tatsachen unterliegen nicht der formellen Beweiskraft des § 165 ZPO, da sie keine Förmlichkeiten i.S.d. § 160 ZPO sind (vgl. Stöber in: Zöller, ZPO 20. Aufl., § 165 Rdnr. 2 ff).

Der Senat ist im Ergebnis der erstinstanzlich durchgeführten Beweisaufnahme zu der Überzeugung gelangt (§ 286 Abs. 1 ZPO), daß der Beklagte in dem Verhandlungstermin am 27.7.1992 keinen für die Kläger bindenden, nicht wideruflichen Vergleich abgeschlossen hat. Der Zeuge W., der als Partei des Verfahrens vor der Kammer für Handelssachen des Kreisgerichts L. an dieser Sitzung teilgenommen hatte, bekundete in seiner Vernehmung vor dem Landgericht L. am 17.1.1996, daß der Vergleich für die Parteien widerruflich war. Der Prozeßbevollmächtigte des Zeugen W., Rechtsanwalt B., äußerte in seiner Aussage vom 27.3.1996 vor dem Landgericht L., daß er nicht ausschließen könne, daß der Vergleich damals für seinen Mandanten unwiderruflich und für die Klageseite widerruflich war.

Der Senat folgt hier der Aussage des Zeugen W., da ihm als wirtschaftlich Beteiligter des Vergleiches nachvollziehbar das Geschehen am ehesten in Erinnerung bleibt. Hätte der Zeuge die Sitzung vom 27.7.1992 mit der Überzeugung verlassen, seine Warenbestände nochmals überprüfen zu wollen, obgleich in der Sitzung bereits die nicht mehr vorhandene Ware genau benannt worden ist, hätte er sich an eine solche erforderliche Handlung und seine Möglichkeit, den Vergleich zu widerrufen, erinnert.

Die Glaubwürdigkeit des Zeugen, die das Landgericht L. bejaht hat, in Zweifel zu ziehen, hat der Senat keine Anhaltspunkte, so daß eine erneute Vernehmung vor dem erkennenden Senat nicht angezeigt war.

Auch wird die Aussage des Zeugen W. dadurch getragen, daß **im Sinne seiner Aussage sich die an der Sitzung Beteiligten nachträglich verhalten haben.** Der die Sitzung leitende Richter hat auf das Widerrufsschreiben der Prozeßbevollmächtigten der Kläger, der Rechtsanwälte vom 7.8.1992, eingegangen am 12.8.1992, **die Kläger nicht auf ein nicht bestehendes Widerrufsrecht hingewiesen**, sondern die Akte auf den Stapel der zu terminierenden Akten gelegt.

Der Widerruf war also nach der Vorstellung des zuständigen Richters, ohne daß ein Vergleich mit der Sitzungsniederschrift erfolgte, von der widerrufsberechtigten Partei erklärt worden. Auch der Prozeßbevollmächtigte des damaligen Beklagten W., Rechtsanwalt B., dem der Schriftsatz vom 7.8.1992 am 3.9.1992 übersandt worden war, hat dem **Vergleichswiderruf nicht unverzüglich widersprochen.** Erst im Protokollberichtigungsverfahren wurde er auf den Widerspruch von Protokoll und Widerrufserklärung aufmerksam gemacht.

Der Beklagte seinerseits hat in seinem Sitzungsbericht vom 28.7.1992 an die Rechtsanwälte das Widerrufsrecht der Kläger mitgeteilt. Diesen Gesamtumständen entnimmt der Senat, daß bei allen Beteiligten der Sitzung vom 27.7.1992 die Überzeugung vorlag, einen für die Kläger wideruflichen Vergleich abgeschlossen und protokolliert zu haben.

Etwas Gegenteiliges ergibt sich auch nicht aus den Aussagen der Zeugen D. und G. Der Zeuge G. gibt in seiner Aussage vom 17.1.1996 an, daß er der Überzeugung sei, daß das Protokoll so geschrieben worden sei, wie er es diktiert habe, und je mehr er sich daran erinnere, desto eher könne er ausschließen, daß der Vergleich nicht so geschlossen worden sei. Doch bekundet er auch, sich daran zu erinnern, daß er einen Vergleich vorgeschlagen habe, an dessen Einzelheiten er sich jedoch nicht erinnern könne. In seinem Beschluß vom 23.9.1993 in dem Verfahren des Landgerichts L. (vormals des Kreisgerichts L.) hat er noch ausgeführt, daß ein Übertragungsfehler von der Tonaufzeichnung der Sitzung in das schriftliche Protokoll nicht generell ausgeschlossen werden könne und ihm Unstimmigkeiten von Protokollierung und Protokoll nicht

in Erinnerung seien. Eine aktuelle Erinnerung vom Verhandlungsverlauf legt er seiner Entscheidung nicht zugrunde.

Der Senat kann der Aussage des Zeugen G. nicht folgen, da dessen Erinnerung ersichtlich verblaßt ist. So gibt er einerseits an, daß nach dem Widerruf des Vergleichs die Akte auf den Stapel der widerrufenen Vergleiche und zu terminierenden Akten gekommen sei, andererseits sei ihm aufgefallen, als er die Akte wegen der Terminierung erneut bearbeitet habe, daß der Vergleich von den Klägern widerrufen worden sei, obwohl nur der Beklagte eine Widerrufsmöglichkeit gehabt habe. Tatsächlich ist eine Terminierung jedoch nicht mehr erfolgt.

Die Zeugin D. hat keine Erinnerung an die Übertragung des hier maßgeblichen Tonträgers. Sie gibt lediglich bekannt, daß sie jedes von ihr zu übertragende Tonband nach Erstellung der Niederschrift nochmals abgehört habe. Ihrer Schlußfolgerung, ein Übertragungsfehler sei ausgeschlossen, vor allem wenn sie bedenke, daß sie das Band nochmals abgehört habe, vermag der Senat nicht zu folgen. So ist die beschriebene Handlungsweise geeignet, unterlaufene Fehler aufzuspüren, jedoch ist nicht ausgeschlossen, daß ein Übertragungsfehler überhört worden ist. Ein Übertragungsfehler liegt nach Überzeugung des Senats aber wegen des gegenteiligen Verhaltens aller an der Verhandlung vom 27.7.1992 Beteiligten geradezu denknotwendig vor.

Der Beklagte hat seine Vertragspflicht auch nicht nach Schluß der mündlichen Verhandlung verletzt. Er hat am 28.7.1992 in einem schriftlichen Sitzungsbericht den Rechtsanwälten unverzüglich das Ergebnis der Verhandlung und den Abschluß eines widerruflichen Vergleichs mitgeteilt. Das Protokoll der Sitzung vom 27.7.1992 hat er nicht erhalten. Dieses wurde vielmehr den Rechtsanwälten unmittelbar durch das Gericht übersandt. Eine Überprüfung des niedergeschriebenen Verhandlungsverlaufs konnte der Beklagte somit nicht vornehmen. Es hätte vielmehr den Rechtsanwälten F. und St. obliegen, das Protokoll mit dem Sitzungsbericht des Beklagten auf etwaige Fehler zu überprüfen, um innerhalb der Frist des § 160a Abs. 3 Nr. 1 ZPO Einwendungen zu erheben.

Der Beklagte hat somit nicht nachweislich seine Vertragspflichten als Sitzungsvertreter der Kläger verletzt und diesen einen Schaden zugefügt. Die Kläger haben keinen Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten.

Die Berufung gegen das Urteil des Landgerichts L. ist somit zurückzuweisen.

GI Leitsätze

Zweigstellenverbot/Überörtliche Sozietät/ Rechtsanwalt

Ein Rechtsanwalt, der einer überörtlichen Sozietät angehört, verstößt in wettbewerbswidriger Weise gegen das Zweigstellenverbot des § 28 Abs. 1 BRAO, wenn er in den Kanzleiräumen der andernorts residierenden Sozietätsmitglieder eine Zweigstelle unterhält und darauf in seinem Anwaltsbriefkopf dadurch hinweist, daß er seinen Namen auch unter der Kanzleiadresse der andernorts residierenden Mitglieder der überörtlichen Sozietät anführt.

(BGH, Urt. v. 2.4.1998 - I ZR 4/96, AnwBl 1998, 604)

Werbeverbot/Leistungsbeschreibung/Praxisbroschüre

Bei der Gestaltung von Praxisbroschüren für Mandanten gilt das Verbot berufswidriger Werbung (§ 57 Abs. 1 StBerG). Berufswidrig ist Werbung, die über die berufliche Tätigkeit in Form und Inhalt nicht sachlich unterrichtet (§ 57a StBerG). Durch Anpreisung der eigenen Leistung (als z.B. „erfahren“, „kreativ“), qualitative Aussagen bei der Leistungsbeschreibung (wie z.B. „außergewöhnliche Serviceleistung“ oder „Spitzenleistung“) und Verwendung von Schlagwörtern und Slogans (wie z.B. „erfolgreich“, „kompetent“) wird die Grenze zur unsachlichen Informationswerbung überschritten. (LG Freiburg, Beschl. v. 30.9.1997 - StL 1/97, WPK-Mitt 1998, 337)

Anwaltliches Berufsverbot/Verteidigerpost/ Untersuchungshaft des Mandanten

Anwaltsgerichtliches Berufsverbot auf dem Gebiet des Strafrechts für die Dauer eines Jahres als Rechtsfolge einer Berufspflichtverletzung nach BRAO §§ 43, 59b Abs. 2 Ziff. 1a), § 113, § 114 (Weiterleitung von Briefen des Mandanten aus der Untersuchungshaft an Zeugin als Verteidigerpost).

(Schleswig-Holsteinischer Anwaltsgerichtshof, Urt. v. 19.6.1998 - 2 AGH 4/98, AnwBl 1998, 605)

GI Hinweise

1. In der Schriftenreihe „Rechtsfragen der Handelsgesellschaften“ erscheint im Verlag Dr. Otto Schmidt KG die Darstellung von Nagler „Die zweckmäßige Nachfolgeregelung im GmbH-Vertrag“.

Erbrechtliche und gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten werden nach Darlegung der gesellschaftsvertraglichen Praxis eingehend erörtert und die diversen unterschiedlichen Interessenlagen berücksichtigt.

Die Darstellung hilft mit praxisnahen Lösungen und einer übersichtlichen Gliederung mit Checklisten sowie Klausurvorschlägen.

Wer sich vertieft mit der Nachfolgeregelung im GmbH-Vertrag befassen will, sollte dieses Werk zu Rate ziehen.

Dr. Eberhard Nagler: Die zweckmäßige Nachfolgeregelung im GmbH-Vertrag, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1998, 363 Seiten, DIN A 5, 79,- DM, ISBN 3-504-64650-0.

2. Martin Arendts legt im Verlag C.H. Beck eine interessante Monographie zum Thema „Die Haftung für fehlerhafte Anlageberatung“ vor.

Er untersucht ausführlich den Inhalt und den Umfang der Aufklärungs- und Beratungspflichten bei der Anlageberatung. Die von der Rechtsprechung herausgearbeiteten Wahrungspflichten werden unter Berücksichtigung der persönlichen Umstände des Anlegers aufgezeigt.

Arendts führt den Leser zu einer differenzierten Beurteilung bei der Frage, welche Risiken und besonderen Umstände „anlageorientiert“ zu erklären sind.

Die umfangreiche BGH-Rechtsprechung, die 1995 in Kraft getretenen Verhaltensregeln für Wertpapier-Dienstleistungsunternehmen und das Gesetz zur Umsetzung von EG-Richtlinien zur Harmonisierung bank- und wertpapieraufsichtsrechtlicher Vorschriften vom 22.10.1997 werden dargestellt.

Im Anhang befinden sich eine Rechtsprechungsübersicht mit Fundstellenverzeichnis, Mandantenfragebögen sowie nützliche Anschriften von Börsenaufsichtsbehörden und Verbänden.

Arendts: Die Haftung für fehlerhafte Anlageberatung, Verlag C.H. Beck, 1998, 100 Seiten, kartoniert, 79,- DM, ISBN 3-406-43079-1.

3. Der Vorsitzende Richter am Landesarbeitsgericht Berscheid und der Fachanwalt für Arbeitsrecht Dr. Kunz geben im Verlag für die Rechts- und Anwaltspraxis die „Praxis des Arbeitsrechts“ heraus.

Das zweibändige Lose-Blatt-Werk ist für den Praktiker gedacht, der arbeitsrechtliche Probleme einer raschen Lösung zuführen will. Die Neuerscheinung umfaßt eine Darstellung des gesamten Individualarbeitsrechts und des kollektiven Arbeitsrechts.

Band I gliedert sich von der Anbahnung des Arbeitsverhältnisses über dessen Begründung, die Rechte und Pflichten bis hin zur Beendigung des Arbeitsvertrages. Die Fragen zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer zum arbeitsrechtlichen Rechtsschutz sowie zu den Kosten und Gebühren des Verfahrens werden in einem besonderen Teil erläutert.

In der ersten Ergänzungslieferung wird das Werk um die Fragen des Arbeitsverhältnisses in der Insolvenz erweitert.

Das Lose-Blatt-Werk zeichnet sich durch eine zusammenhängende und praxisorientierte Darstellung des Arbeitsrechts, Steuerrechts und Sozialversicherungsrechts aus. Es wird abgerundet durch zahlreiche Musterverträge, die zusätzlich auf einer beigelegten CD-ROM abgespeichert sind.

Die Arbeit des Praktikers wird in vielen Bereichen erleichtert durch eine Darstellung in alphabetischer Reihenfolge (Abmahnung bis Zeugnis oder Abkehrwille bis Verdachtsgegnung). Das Thema der Scheinselbstständigkeit wird durch Hinweise auf über 100 Berufsgruppen fundiert dargelegt.

Ernst-Dieter Berscheid, Dr. Jürgen Kunz: Praxis des Arbeitsrechts, unter Mitarbeit von

Dr. Martin Becker, Peter Bertram, Dr. Jürgen Brand, Michael Budéus, Albrecht Ehlers, Dr. Georg Engelbrecht, Bernd Ennemann, Jürgen Evers, Klaus Griese, Dr. Beate Hänsch, Gerhard Knipp, Burghard Kreft, Dr. Uwe Langohr-Plato, Dr. Hans-Michael Mache, Kurt v. Manteuffel, Matthias Niemand, Dr. Regine Nowack, Günter Schierbaum, Dr. Martin Schimke LL.M., Jürgen Schuldt, Brent Schwab,

Verlag für die Rechts- und Anwaltspraxis, 2 Bände, Lose-Blatt-Werk, 288,- DM, ISBN 3-896-55300-3.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-3

Anwaltsvertrag

- RA und Aufsichtsrat 99, 33
- Zustandekommen des > 99, 33

Aufsichtsrat

- Anwaltstätigkeit des > 99, 33

Belehrungspflicht des RA

- >, baubegleitende 99, 6

Belehrungspflicht des StB/WP

- Entnahme, steuerfreie, § 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG 99, 18
- Investitionszulagenantrag 99, 50

Berichtigung, § 129 AO

- Einnahme-Überschuß-Rechnung 99, 46
- USt-Vorauszahlung 99, 46

Berufsverbot

- > des RA 99, 75
- = wg. Verteidigerpost

Berufung

- >, zweite 99, 12

Berufungsfrist

- Parteibezeichnung 99, 32

Berufungsschrift

- Auslegung der > 99, 32
- Falschbezeichnung, erkennbare 99, 32

Betrug

- Zahlungsunfähigkeit, Bestellung 99, 24

Beweislast

- Honorarrückforderung 99, 39
- Sitzungsprotokoll 99, 73
- Vergleichsinhalt 99, 73

Entnahme

- >, steuerfreie, § 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG 99, 18

Finanzgerichtsordnung

- Vorbringen, verspätetes, § 79 b Abs. 2 FGO 99, 24
- = Unterlagen beim Konkursverwalter

Firma

- Zusatz „und Partner“ 99, 49

Fristenkontrolle

- Bote 99, 29
- Empfangsbekanntnis 99, 25

- Fristenkontrollbuch
 - = Erledigungskontrolle 99, 12
 - = Organisationsanweisung 99, 61
 - = Streichung der Frist 99, 28
- Fristversäumnis, unverschuldetes
 - = Anweisung an Bürokraft 99, 12; 99, 61
 - = Beförderung der Post durch Mitarbeiter 99, 29
 - = Brief an unzuständiges Gericht 99, 4
 - = Empfangsbekanntnis, Unterzeichnung des > 99, 12
 - = Weiterleitung durch Gericht 99, 4
- Organisationsanweisung
 - = Anruf des Gerichts 99, 30
 - = Faxnummer, falsche 99, 61
 - = Fristenkontrollbuch 99, 61
 - = Gerichtspost 99, 28
- Telefax
 - = Nummer, falsche 99, 61

Gewinnermittlung

- Wahl der Art der > 99, 66

GI Aktuell

- BVerfG-Urteile zur Familienbesteuerung
 - = Folgen 99, 60
- Existenzminimum 99, 54
- Fristversäumnis, Verkehrsstau 99, 4
- Gewerbeertragsteuer 99, 28
- Haushaltsfreibetrag
 - = bei Ehegatten 99, 54
- Kinderbetreuungskosten
 - = bei Ehegatten 99, 54
- Kinderfreibeträge 99, 58
- Restitutionsklage, Anmeldefrist 99, 2
- Schuldzinsen, private 99, 4
- Zulassung, Rechtsanwalt, DDR 99, 2

GmbH

- Bareinlageverpflichtung 99, 20
- Geschäftsführer
 - = Einlagebestätigung 99, 20

Honoraranspruch des RA

- Belehrungspflicht über > 99, 33
- Einforderbarkeit 99, 33
- Fälligkeit 99, 33
- Rechtsbeistandstätigkeit 99, 33

Honoraranspruch des StB

- Abschlagszahlung
 - = Verrechnung 99, 64
- Änderung der Rechnung
 - = > im Gebührenrechtsstreit 99, 71
- Bereicherungsanspruch 99, 39
- Bestimmungsrecht 99, 39
- Buchführung
 - = Einrichtung der > 99, 71
 - = Rahmensatz 99, 71
 - = Tätigkeiten, sonstige 99, 71
 - = Überschußrechnung, § 33 StBGebV 99, 66
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
 - = Einzelangaben, nachträgliche 99, 71

- Ermittlungsverfahren, § 31 StBGebV	99, 39	- Beratungspflichten	
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	99, 42	= Bauvertrag	99, 6
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		- Liebhaberei	99, 26
= Bestimmungsrecht,		- Untätigkeit	99, 44
Festlegung	99, 39; 99, 64	- Versicherungsmandat	99, 44
= Buchführung	99, 71		
= Darlegungslast	99, 66	Rechtsberatung/Rechtsbesorgung	
= Lohnbuchhaltung	99, 71	- > durch WP	
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV		= Vertragsberatung	99, 50
= Rahmensatz	99, 71		
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV		Rechtsmittel	
= Vereinbarung, unwirksame	99, 64	- Gerichtsentscheidung	
- Rechnung, fehlerhafte		= Form, falsche	99, 61
= Nachbesserung	99, 39	= Meistbegünstigungsgrundsatz	99, 61
- Tätigkeit, sonstige,		- >, einheitliches	99, 12
§ 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71	- >, wiederholtes	99, 12
- Verjährungsbeginn, § 196 Abs. 1 Nr. 15	99, 42		
- Zeitgebühr		Schaden	
= Angaben, § 13 StBGebV	99, 42	- Eigentumswohnung	99, 16
= Einrichtung der Buchführung	99, 71	- Kalkulationsschaden, USt	99, 22
= Ermittlungsverfahren	99, 39	- Kosten des StB	99, 18
= Mittelgebühr	99, 71	- Prozeßverlust	99, 69
= Tätigkeiten, sonstige	99, 71	- Schadenbetrachtung, konsolidierte	
		= Eigentumswohnung	99, 16
Information an Mandanten		- Umsatzsteuer	99, 22
- Steuerbescheid, Übersendungsart	99, 43	- Verzugsschaden	99, 69
- Unterbrechung der >			
= Rechtsanwalt, neuer	99, 44	Sozietät	
		- >, überörtliche	
Investitionszulage		= Rechtsanwalt	99, 75
- Auftrag zur Beantragung	99, 50	= Zweigstellenverbot	99, 75
- Betriebsvorrichtung	99, 50		
- Ladeneinbau	99, 50	Steuerberatungsvertrag	
		- Investitionszulagenantrag	99, 50
Kausalität		- Kreditvermittlung	99, 15
- Information des Mandanten	99, 43	- Zustandekommen des >	
- > zwischen Pflichtwidrigkeit		= Abschluß, stillschweigender	99, 15
und Schaden		= > mit Mitarbeiter	99, 22
= Entscheidung des Gerichts	99, 69		
Kostenerstattungsanspruch		Steuerbescheid	
- StB-Kosten	99, 18	- Übersendungsart	99, 43
Mandatsniederlegung		Steuererklärung	
- Fristenlauf	99, 29	- Abgabe, rechtzeitige	99, 69
- Mitteilung	99, 29		
		Unterschrift	
Mitverschulden		- Wiedereinsetzung	99, 5
- Bareinlage, GmbH	99, 20		
- Informationen an StB	99, 43	Versäumnisurteil	
- Prüfungspflicht des Mandanten	99, 25	- >, zweites	99, 12
- Steuererklärung			
= Zinserträge	99, 25	Versicherungsberatung	
		- Rechtsanwalt, Brandschaden	99, 44
Nachbesserung			
- Rechnung, fehlerhafte	99, 39	Versicherungsschutz	
		- Rechtsschutzversicherung	
Prozeßvollmacht		= Kostenerhöhung, unnötige	99, 48
- BGB-Gesellschaft	99, 49	= Obliegenheitsverletzung	99, 48
Rechtsanwalt		Verspätungszuschläge	
- Belehrungspflicht		- Verzugsschaden	99, 69
= Vergütungsanspruch	99, 33		
		Verzug	
		- > des Steuerberaters	99, 69

Vollmacht

- Anscheinsvollmacht 99, 26
- Rechtsbehelfsverfahren 99, 26

Werbeverbot

- Leistungsbeschreibung 99, 75
- Praxisbroschüre 99, 75
- Selbstdarstellung, erlaubte 99, 24
- Sozietät, gemischte 99, 24

Wiedereinsetzung

- Unterschrift 99, 5
- Vertrauensschutz 99, 5

Zugang

- Übersendungsart 99, 43

Zweigstellenverbot, § 28 Abs. 1 BRAO

99, 75

- BVerfG v. 20.10.1998 - 1 BvR 1730/98 99, 2
- BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1057/91 99, 54
- BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvL 42/93 99, 58
- BVerfG v. 10.11.1998 - 2 BvR 1852/53/97 99, 58
- BVerfG v. 17.11.1998 - 1 BvL 10/98 99, 28
- BVerfG v. 26.11.1998 - 1 BvR 2069/98 99, 2

- BGH v. 21.4.1997 - II ZB 14/96 99, 49
- = WPK-Mitt. 97, 244
- BGH v. 19.12.1997 - 2 StR 420/97 99, 24
- = wistra 98, 177
- BGH v. 17.2.1998 - 1 StR 5/98 99, 24
- = wistra 98, 179
- BGH v. 2.4.1998 - I ZR 4/96 99, 75
- = AnwBl 98, 604
- BGH v. 2.7.1998 - IX ZR 63/97 99, 33
- BGH v. 16.7.1998 - VII ZR 409/97 99, 12
- BGH v. 16.7.1998 - VII ZB 7/98 99, 32
- BGH v. 30.7.1998 - III ZB 7/98 99, 12
- BGH v. 20.8.1998 - VII ZB 6/98 99, 30
- BGH v. 10.9.1998 - II ZB 21/98 99, 29
- BGH v. 17.9.1998 - IX ZR 291/97 99, 6
- BGH v. 28.9.1998 - II ZB 19/98 99, 5
- BGH v. 3.11.1998 - VI ZB 29/98 99, 61
- BGH v. 19.11.1998 - IX ZR 152/98 99, 4

- OLG Dresden v. 9.2.1998 - 17 U 267/97 99, 73
- OLG Dresden v. 9.6.1998 - 14 U 3245/97 99, 24
- = BRAK-Mitt. 98, 235

- OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 99, 16
- 13 U 281/93
- OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 99, 15
- 13 U 225/96
- OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 99, 64
- 13 U 25/97
- OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 99, 66
- 13 U 32/97
- OLG Düsseldorf v. 2.4.1998 99, 39
- 13 U 86/96

- OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 99, 42
- 13 U 151/97
- OLG Düsseldorf v. 9.7.1998 99, 69
- 13 U 164/97
- OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 99, 71
- 13 U 231/97
- OLG Hamm v. 21.3.1997 - 25 U 110/96 99, 25
- = NWB Fach 30, 1127
- OLG Karlsruhe v. 22.12.1994 99, 50
- 18 a U 12/94,
- rkr. nach Rücknahme
- der Revision unter Az. IX ZR 22/95
- OLG Koblenz v. 28.10.1997 - 4 O 759/97 99, 50
- OLG Köln v. 6.8.1998 - 18 U 293/98 99, 43
- OLG München v. 15.12.1997 99, 44
- 1Z RR 338/96
- = AnwBl 98, 608
- LG Bonn v. 13.5.1998 - 5 S 199/97 99, 18
- LG Freiburg v. 30.9.1997 - StL 1/97 99, 75
- = WPK-Mitt 98, 337
- LG Lüneburg v. 26.8.1997 - 3 O 402/96, rkr. 99, 20
- LG Marburg v. 14.10.1998 - 5 S 14/98, rkr. 99, 22
- AG Bremen v. 19.8.1998 - 25 C 0146/98 99, 48
- BFH v. 15.10.1996 - VII B 119/96 99, 24
- = BFH/NV 97, 514
- BFH v. 31.10.1996 - VIII B 11/96 99, 25
- = BFH/NV 97, 459
- BFH v. 8.11.1996 - VII R 89/96 99, 4
- = BFH/NV 97, 492
- BFH v. 28.11.1996 - XI R 76/95 99, 4
- = BFH/NV 97, 497
- BFH v. 4.12.1996 - IV B 51/96 99, 26
- = BFH/NV 97, 500
- BFH v. 12.2.1997 - X B 146/96 99, 26
- = BFH/NV 97, 542
- BFH v. 10.3.1997 - V R 63/96 99, 49
- = BFH/NV 97, 770
- BFH v. 13.3.1997 - III B 135/96 99, 28
- = BFH/NV 97, 773
- BFH v. 13.3.1997 - III B 185/96 99, 28
- = BFH/NV 97, 773
- BFH v. 22.4.1998 - XI R 10/97 99, 26
- = NJW 98, 2471
- FG Berlin v. 20.11.1998 - 8 K 8072/97 99, 46
- FG Brandenburg v. 10.11.1993 99, 50
- 2 K 154/92 I
- Schleswig-Holst. Anwaltsgerichtshof 99, 75
- v. 19.6.1998 - 2 AGH 4/98
- = AnwBl 98, 605

Wiedereinsetzung • Verlängerungsantrag • Berufungsbegründung (BGH);
Mangelhafter Fristeintrag • Postulationsfähiger RA (BGH);
DV-Fristenkontrolle • Organisationsverschulden • Kontrollausdruck (BGH);
RA- und Patentanwaltsbüro • Trennung der Bearbeitung • Berufungsbegründungsfrist (BGH);
StB-Haftung • Neuerstellung der Buchführung • Kontrolle des

Vorberaters (OLG Düsseldorf);
StB-Honorar • Haftung der Kommanditisten • Rückzahlung der Einlage (OLG Düsseldorf);
RA-Haftung • Versicherungsmandat • Verjährung Kfz-Schaden • Anerkenntnis (OLG München);
StB-Honorar • Honorarvereinbarung • Teilnahme an Betriebsprüfung (OLG Düsseldorf);
StB-Honorar • Vorschußzahlungen • Rückforderungen, § 812 BGB (OLG Düsseldorf)



BEIHEFTER:

Das „Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte“ ist am 01.01.1999 in Kraft getreten.

Der GI-Beihefter informiert über Neuregelungen zur Versicherungs-

pflcht von „Scheinselbständigen“ und „arbeitnehmerähnlichen Selbständigen“.

Weitere Informationen zu diesem Thema können Sie anfordern bei unserem GI-Service:
Fax-Hotline (02 21) 144-51 55.

Das Millenium-Problem

Gerling und der DSTV informieren:

Das allenthalben publizierte und diskutierte Millenium-Thema ist auch für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte hoch interessant.

Das Expertenwissen der Gerling-Consulting-Gruppe steht allen Kunden des Gerling unter der Rufnummer (02 21) 144-6 69 91 zur Verfügung.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 144-40 70
Telefax: (02 21) 144-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.